

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

18. Sitzung
8. Dezember 2022

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.45 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht
der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz
bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Forderungskatalog des Berliner JugendFORUMs
2022**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0089](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Ellen Haußdörfer (SPD): Als Anzuhörende begrüße ich Frau Jette Nietzard, Projektleitung des Berliner JugendFORUMs 2022, Herrn Louis Blankenburg, Herrn Denis Sacirovic und

Herrn Florian Hecht. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! – Ich gehe davon aus, dass wir von diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll anfertigen werden. Alle Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass wir heute diesen Tagesordnungspunkt gemeinsam aufrufen. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir auf eine Begründungsrede verzichten, und ich frage den Senat: Möchten Sie eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Herr Bozkurt, bitte!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF): Ganz kurz! Weil die Abgeordneten ja bewusst den jungen Menschen hier Raum geben wollen, will ich auch nicht großartig was sagen, nur einen herzlichen Dank, dass Sie die Themen antreiben! Wir versuchen ja auch auf unserer Seite, flankierend Maßnahmen wie unsere Initiative „Jugend.Macht.Demokratie“ aufzusetzen, wo wir bewusst darauf achten, dass ein großer Teil der Teilnehmenden junge Menschen sind, damit ihre Themen tatsächlich auch sichtbar werden und deutlicher gehört werden. – Von daher würde ich es dabei belassen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Dann übergebe ich an Frau Nietzard und die weiteren Anzuhörenden, damit sie ihren Forderungskatalog des JugendFORUMs des Jahres 2022 vorstellen. Sie sortieren sich bitte selbst, Sie müssen einfach nur das Mikrofon anschalten, damit es dann auch entsprechend aufgenommen werden kann. – Vielen Dank!

Louis Blankenburg (Berliner JugendFORUM 2022): Hallo! Wir stellen heute die Forderungen der Jugendlichen vom Berliner JugendFORUM 2022 vor. Ich bin Louis. Ich bin Schüler, und meine Forderung ist, dass Jugendliche nicht mehr von Diskriminierung betroffen sind. Ich kenne zu viele Menschen, die davon betroffen sind. Selbst in meiner Schule, an der viel Wert auf Antidiskriminierung gelegt wird, gibt es trotzdem viele diskriminierende Vorfälle. Zum Beispiel musste sich ein Freund von mir im Onlineunterricht von seinem Lehrer eine total abfällige rassistische Beleidigung, also einen Witz, anhören. Das Gute war, dass wir an unserer Schule einen sehr guten Sozialarbeiter haben, an den er sich sofort wenden konnte und auch direkte Hilfe bekam. Das ist ein sehr gutes Beispiel, an dem man sieht, dass es mit Hilfe auch einen guten Ausweg geben kann. Deshalb fordere ich mehr Sozialarbeiterinnen an Schulen. Es gibt auch viele Geschichten, wo Schüler andere Schüler diskriminierend behandeln. Eine gute Lösung wären mehr Aufklärung und Input zu diesem Thema, damit die Schüler besser über diese Themen und den Umgang damit Bescheid wissen. Das sollte am besten von der Schule oder externen Organisationen kommen. Ich will, dass sich endlich etwas ändert und Jugendliche nicht mehr solche Erfahrungen machen müssen, denn das geht einfach nicht. – Danke schön!

Florian Hecht (Berliner JugendFORUM 2022): Mein Name ist Florian. Ich bin 20 Jahre alt. Ich mache gerade einen Bundesfreiwilligendienst im FEZ und habe dort viele Jahre ein Jugendpartizipationsbüro aufgebaut. Ich bin außerdem stellvertretender Bundessprecher für den BFD. Ich freue mich, jetzt einen kleinen Auszug aus dem mehrseitigen Forderungskatalog des Berliner JugendFORUMs vorzustellen und möchte darauf eingehen, dass die Coronapandemie und deren Auswirkungen immer noch präsent sind und nicht vergessen werden dürfen. Wir jungen Menschen haben eine harte Zeit durchgemacht, und es gibt immer noch viele Leute und viele junge Menschen, die unter der Coronapandemie leiden und psychische Probleme haben. Daher fordern wir besseren und schnelleren Zugang zu Therapieplätzen.

Außerdem: Die Inflation ist gegenwärtig, und wir haben auch eine große Wohnungsnot, und diese trifft insbesondere junge Menschen sehr hart. Sie können es sich nicht leisten, Wohnraum zu mieten, und daher fordern wir bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen oder generell. Ebenfalls möchten wir gern auf die Obdachlosenhilfe eingehen und fordern, zum Beispiel den Bau von Tinyhäusern zu fördern, um obdachlosen Menschen eine Unterkunft zu geben.

Ich möchte ebenfalls erwähnen, dass wir unbedingt qualitativ hochwertige und angemessene Treffpunkte für junge Menschen brauchen. Wir müssen dafür sorgen, dass bestehende Einrichtungen geschützt und weitere gemeinsam mit der Zielgruppe geplant und nicht vergessen werden.

Dann möchte ich als letzten Punkt gern auf ein kostenfreies Ticket für Freiwillige und Auszubildende eingehen. Da möchte ich insbesondere die Debatte um „Freie Fahrt für Freiwillige“ noch mal ansprechen und verdeutlichen: Für viele Menschen ist es ein Faktor dabei, ob man sich freiwillig engagiert oder eine Ausbildung macht, dass man ein kostenfreies Ticket hat. Insbesondere Auszubildende sind ein wichtiger Faktor unserer Wirtschaft, und wir leiden bereits jetzt unter einem großen Fachkräftemangel.

Denis Sacirovic (Berliner JugendFORUM 2022): Hallo! Ich bin Denis und bin noch Schüler. Ich habe gemerkt, dass es an den Schulen einen total großen Druck auf die Schüler gibt, mit dem viele in dem Alter gar nicht umgehen können. Das heißt, dass sie einem Druck ausgesetzt sind, der sich oft in Frust umwandeln kann, auch bei einer schlechten Note und einem schlechten Ergebnis. Dieser Frust muss natürlich raus, und das kann oft schlimme Folgen wie zum Beispiel Depressionen oder noch schlimmere Sachen haben.

Aber warum das Ganze? Sind die Erwartungen zu hoch, oder ist es einfach so, dass die Schüler zu schlecht sind? – Nein! Es liegt einfach daran, dass die Schüler viel zu sehr auf ihre Leistung und ihre Noten reduziert werden. Das heißt, dass soziale Fähigkeiten bei der Bewertung überhaupt keine Rolle spielen. Die Kinder und Jugendlichen werden nur nach ihren Noten in den einzelnen Fächern bewertet. Ich finde das total ungerecht. Kinder, die ein anderes Tempo haben, sind dabei total überfordert. Deswegen fordern ich und viele Jugendliche auch, dass es in den Schulen ein System gibt, das nicht so sehr auf Noten und Leistung, sondern auch viel mehr auf sozialen Fähigkeiten basiert. Deshalb bitte ich Sie – ich sehe jetzt viele von Ihnen verständnisvoll gucken, aber viele vor mir haben bestimmt schon mal solche Sachen gesagt, und es hat sich nicht sehr viel geändert –: Hören Sie der Jugend zu, denn sie ist ein sehr großer Teil der Gesellschaft. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Blankenburg, Herr Sacirovic und Herr Hecht! Wir haben als Fraktionen einvernehmlich beschlossen, dass wir entgegen einer normalen Anhörung heute keine Fragen an Sie als Anzuhörende richten. Die am 29. August übergebenen Forderungen – und hier sind auch etliche Abgeordnete anwesend, die dort vor Ort waren und auch an den Workshops und Diskussionsrunden teilgenommen und neben dem Staatssekretär die Forderungen übergeben bekommen haben – haben wir entsprechend mitgenommen. Ihre inhaltlichen Forderungen werden wir als Ausschuss und auch ich als Ausschussvorsitzende an die anderen Ausschüsse übermitteln sowie auch für unsere eigene Ausschussarbeit mitnehmen.

Die gesundheitlichen Langzeitfolgen von Corona, aber auch die Ausstattung mit Therapieplätzen, die Sie angesprochen haben, das Einsetzen für Antidiskriminierung, gegen Diskriminierung, aber auch für ein demokratisches Umfeld, die Wohnraumfrage für junge Menschen, der Kampf gegen Obdachlosigkeit und das Einsetzen für Nachhaltigkeit, Räume für Jugendliche mit einer umfassenden Beteiligung junger Menschen, die Unterstützung im Ehrenamt sowie die Frage des Freiwilligen Sozialen Jahres und auch die Frage der Ausbildung und der wirtschaftlichen Chancen in dieser Zeit, in der wir vor großen Herausforderungen stehen, aber auch das, was Sie gerade angesprochen haben, Herr Sacirovic, Sozialkompetenzen gegen einen Lern- und Leistungsdruck erwerben, aber auch die personelle und vielseitige Ausstattung an den Berliner Schulen und im Kinder- und Jugendbereich – das sind Themen, die unseren Ausschuss originär, aber auch viele andere Ausschüsse in diesem Haus betreffen. Deshalb werden wir Ihre inhaltlichen Forderungen hier aufnehmen und an die anderen Ausschüsse weiterleiten. Das werde ich auch als Ausschussvorsitzende durchführen. Sie haben sich ja auch an andere Ausschüsse gewandt, die aufgrund ihrer Unerledigtenliste dafür nicht die Zeit, die wir hier gemeinschaftlich beschlossen haben, einräumen konnten,

Ich möchte noch einen Punkt, den wir uns auch vorgenommen haben, festhalten, nämlich die Bedeutung und die Rolle des jugendlichen Engagements, die Rolle und Bedeutung des JugendFORUMs, auch als Teil einer Jugendstrategie. Das ist auch die Überleitung zu unserem nächsten Tagesordnungspunkt, weil wir uns heute auch noch darüber unterhalten wollen, wie weit Berlin auf dem Weg zu einer umfassenden Kinder- und Jugendstrategie ist. Die Forderungen des JugendFORUMs 2022 werden im Weiteren sicherlich auch beleuchtet werden. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt 2 auch schon abgeschlossen. Ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen allen für Ihr Engagement bei der Vorbereitung, der Durchführung und auch der Darstellung der Forderungen des JugendFORUMs 2022 bedanken. Vielen Dank! – [Beifall] –

Wir kommen nun zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0031](#)
Berlin braucht endlich eine Jugendstrategie! BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0125](#)
Berlin auf dem Weg zu einer umfassenden Kinder- und Jugendstrategie BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Wir haben hierzu einvernehmlich eine Anhörung vereinbart. Ich freue mich, dass noch viele Mithörende im Multimediaraum bzw. auch teilweise hier im Raum Platz finden. Auch zu dieser Anhörung haben wir ein Wortprotokoll vereinbart. Das ist hier gute Sitte, gerade auch, weil wir den Tagesordnungspunkt 2 im Blicke des Wortprotokolls noch auswerten werden.

Als Anzuhörende begrüße ich zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Thomas Hänsgen, Vorsitzender des Unterausschusses Gesamtjugendhilfeplanung und neue Steuerungsmodelle des Landesjugendhilfeausschusses – LJHA – und Vorsitzender des Stiftungsrats der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, Frau Ha Thu Nguyen, Vorsitzende des Bezirksschüler- und -schülerinnenausschusses – BSA – Lichtenberg, Mitglied im Landesschüler- und -schülerinnenausschuss Berlin und Regionalsprecherin für die START-Stipendiaten Berlins, sowie Herrn Tilmann Weickmann, Geschäftsführer des Landesjugendrings Berlin e. V. Vielen herzlichen Dank, dass Sie heute anwesend sind! Wir haben verabredet, dass wir ein Wortprotokoll erstellen, und fangen mit der Begründung des Besprechungsbedarfs an. – Für die CDU-Fraktion gebe ich Herrn Simon das Wort.

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist ja schon mehrfach heute gesagt worden, dass wir eine ambitionierte Tagesordnung haben, was die zeitliche Dauer der Sitzung angeht. Deshalb fasse ich mich sehr kurz. Ich freue mich sehr, dass, nachdem die CDU-Fraktion diesen Besprechungspunkt im Januar 2022 angemeldet und eingebracht hat, der Senat spätestens im Juni tätig geworden ist, vielleicht auch schon vorher, aber im Juni gab es jedenfalls eine Presserklärung. Das Thema ist die Initiative „Jugend.Macht.Demokratie“ – Herr Staatssekretär hat es vorhin schon erwähnt. Auch die Koalition hat noch einen Besprechungspunkt auf den Weg gebracht, der unter 2 b behandelt wird. Ich kann also sagen: Opposition wirkt!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Die Begründung des Besprechungsbedarfs für die Koalitionsfraktionen? – Frau Schedlich, bitte!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich werde es auch kurz, aber doch ein bisschen inhaltlich machen. Wir freuen uns als Koalitionsfraktionen sehr, dass Sie, liebe Anzuhörende, heute hier sind – gute Besserung an diejenigen, die leider nicht dabei sein

können! – und dass wir über dieses zentrale Projekt aus dem Koalitionsvertrag, eine Kinder- und Jugendstrategie, heute sprechen können, um Strukturen für die verbindliche Einbeziehung und Beteiligung von jungen Menschen, die so dringend notwendig sind, zu schaffen. Das wissen wir nicht erst seit Corona. Jugendliche sind politisch interessiert, und zwar nicht nur an Jugend- und Bildungspolitik, sondern an allen Themenfeldern, und sollten daher auch überall beteiligt sein, da ja auch alle Entscheidungen auf sie Einfluss haben, und zwar mindestens ebenso, wenn nicht sogar länger und stärker als auf andere Leute. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Dann frage ich: Möchte der Senat eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Das möchte er. – Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF): Herr Simon! Sie hörten sich so an, als ob der Wunsch da wäre, dass das Setting so bleiben mag, wie es ist, aber das ist ja nicht unser Thema. Ich will nur an einem Punkt widersprechen und sagen, dass das Thema ja tatsächlich schon länger auf dem Schirm ist und die Richtlinien der Regierungspolitik da auch eine klare Antwort haben, nämlich, dass wir uns an eine Jugendstrategie machen wollen. Wir haben eine Jugendstrategie auf EU-Ebene, mittlerweile auch auf Bundesebene. Ich will Ihnen kurz skizzieren, wie wir auf dem Weg in Richtung Jugendstrategie sind, und an der Stelle auch herzlich für den Besprechungspunkt danken. Ich nehme den Ausschuss auch so wahr, dass wir alle für die Ziele, die wir gemeinsam haben, an einem Strang ziehen – was mich tatsächlich sehr freut.

Um jetzt nicht alle Punkte zu erwähnen, die wir im Bereich der Jugendbeteiligung auf dem Weg zur Jugendstrategie gehen, nur drei Schlaglichter, die auch hoffentlich in einem Gremium enden werden, wo die Strategie konkret entwickelt werden soll: Wir haben ja das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz, und da geht es auch stark darum, Jugendarbeit zu stärken und finanziell abzusichern. Ein Nebenprodukt in dem ganzen Themenfeld sind die Jugendförderpläne und die Arbeit davor, gerade das, was wir an Befragungen von Tausenden junger Menschen gemacht haben, die ihre Forderungen dort mitgeteilt haben, die wir erfasst haben und die dann die Basis dafür sind, wohin Gelder zukünftig gehen. Beispielsweise jetzt, wenn wir als Senat noch mal 3,5 Mio. Euro – sind es, glaube ich –, in die Bezirke geben, ist es nicht so, dass wir einfach mal Geld in die Bezirke geben, sondern da darf dann auch nur das gefördert werden, was mit der Jugendbeteiligung und den Jugendförderplänen an Wünschen geäußert wurde. Das heißt, das hat schon eine starke Auswirkung. Wir haben da Forderungen der jungen Menschen auf dem Tablett.

Wir hatten das JugendFORUM. Auf die Forderungen, die eben erwähnt wurden, muss ich nicht mehr eingehen. Das sind auch noch mal konkrete Arbeitsaufträge für die Politik. Wir haben zusätzlich noch „Jugend.Macht.Demokratie“ aufgesetzt, wo wir ein Gremium haben, das sich auch um inhaltliche Forderungen kümmert und diese aufsetzt. Das ist im Prinzip die Vorarbeit zu einem Gremium im Senat, das ressortübergreifend sein muss, die Forderungen aufnimmt und sie in eine konkrete Strategie gießt, an der alle Häuser beteiligt sind und auch dahinterstehen. – Das ist der Plan, der Ausblick für die nächsten Monate.

In ein paar Punkten der Jugendstrategie sind wir schon konkreter unterwegs. Wie gesagt, „Jugend.Macht.Demokratie“ – dieses oder ein ähnliches Gremium schwebt uns aktuell vor. Wenn wir ein ressortübergreifendes Gremium schaffen, müsste es auch ein Begleitgremium

oder mindestens Beteiligung von jungen Menschen geben. Das heißt, auch das wird da hineinwachsen.

Ein Punkt, den ich abschließend noch mitgeben will – um es auch nicht so lang zu machen –, ist ein Instrument, das wir herausgegriffen haben und wo wir in konkreten Vorbereitungen sind, nämlich der Jugend-Check. Das heißt, wir wollen tatsächlich mindestens in unserem Haus beginnen zu gucken, wenn es Rechtsänderungen usw. gibt: Was sind die Auswirkungen auf junge Menschen? – Das wird in den nächsten Monaten noch mal genauer analysiert, und es wird geschaut, wie wir das umsetzen können, und dann wollen wir auch zeitnah damit anfangen, um da ein bisschen mehr Butter bei die Fische zu bekommen. – Das vielleicht als Intro.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Einige Punkte, die Sie angesprochen haben, sind ja auch bei der Veranstaltung am letzten Mittwoch schon in der Diskussion gefallen. – Dann kommen wir nun zur Anhörung. Wie üblich machen wir das in alphabetischer Reihenfolge. – Ich übergebe deshalb das Wort an Herrn Hänsgen!

Thomas Hänsgen (LJHA): Frau Vorsitzende! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Zunächst vielen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen! Man muss sich ja immer vor Augen führen: Eine Jugendstrategie ist ein zielgerichtetes Bündel von Maßnahmen. Das findet man jedenfalls so, wenn man in der Fachliteratur nachschaut. Daran wird deutlich – Herr Staatssekretär hat es schon gesagt –, dass eine Jugendstrategie alle Bereiche des Lebens betrifft, wo Jugend eine Rolle spielt, denn Jugend ist eine eigenständige Lebensphase, und Jugendliche brauchen in ganz vielen Belangen altersgemäße Unterstützung. Da geht es nicht nur um gute Bildung, Freizeit, um die Möglichkeit, sich mit Freunden zu treffen, sondern auch um die Fragen Wohnraum, Gesundheit, Leben in dieser Großstadt, und da muss deutlich werden – das wissen Sie –, dass Jugendpolitik viel mehr als Jugendhilfe ist. Vor diesem Hintergrund – wenn man darüber redet, neigt Berlin ja immer dazu, die Defizite aufzuzeigen – sollten wir nicht nur die Defizite aufzuzeigen, sondern einfach mal ganz klar sagen: Wir haben in dieser Stadt auch etwas zu bieten. Wir haben zum einen eine gut ausgebaute Trägerstruktur, und auch wenn es an der einen oder anderen Stelle hakt, arbeiten wir ganz gut mit den öffentlichen Trägern zusammen. Dass wir unterschiedliche Vorstellungen haben, gehört zum Geschäft, das ist sozusagen das Salz in der Suppe, aber wir sollten diese Kooperationsstrukturen, die wir haben, auch wirklich nutzen und auf den Kompetenzen aller Seiten aufbauen.

Wenn man sich einen Meilenstein anschaut, dann haben wir dieses Jugendförder- und Beteiligungsgesetz, ein Gesetz, das nach meiner Kenntnis für die Bundesrepublik fortschrittlich ist. Wir haben aber auch andere Sachen. Wir haben einen gut ausgebauten Freiwilligendienstbereich. Wenn man sich anschaut, dass es gelungen ist, die Taschengelderhöhung für junge Menschen durchzubekommen, dann sage ich: Es ist wichtig, diese Dinge zu verstetigen. Wenn man sich die Preisentwicklung anschaut, dann könnte es sicherlich noch mehr sein, aber wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir uns auf gute Instrumente beziehen und besinnen und nicht wieder neue Dinge wie Pflichtdienst und andere Sachen durch die Stadt und durch die Welt treiben. Lassen Sie uns die Stärken, die sich freiwillig engagieren! Die tun das sehr gut, und ohne Freiwillige hätten wir noch viel mehr Probleme, als wir eh schon haben.

Wenn man über eine Kinder- und Jugendstrategie redet, dann muss man Kinder daran beteiligen, und man muss sie so beteiligen, dass sie die Dinge, zu denen sie gefragt werden, verstehen. Es gibt aus der Behindertenrechtsbewegung diesen berühmten Satz: Nicht über uns ohne uns! –, und ich glaube, der gilt für Kinder und Jugendliche gleichermaßen. Ich denke, wir müssen es schaffen, dass wir Kinder und Jugendliche dabei begleiten, dass sie die Belange, an denen sie beteiligt werden sollen, auch verstehen und damit sachlich und fachgerecht beteiligt werden können.

Wichtig ist mir auch, dass eine Kinder- und Jugendstrategie, egal, welche Bereiche sie betrifft oder wie klein und groß sie ist, inklusiv sein muss. Sie muss für die Kinder und Jugendlichen nutzbar sein, die aufgrund einer persönlichen Voraussetzung besondere Unterstützung brauchen. Dazu gehört auch personelle Unterstützung, und – das muss man ganz klar sagen – eine inklusive Kinder- und Jugendstrategie kostet Geld, und dieses Geld muss, wenn wir sie wirksam etablieren wollen, auch vorhanden sein. Geld ist nicht alles, aber ohne Geld geht es tatsächlich nicht. Richtig ist – Herr Staatssekretär hat es gesagt, ich will es trotzdem noch mal sagen –, wir müssen eine Möglichkeit finden, auch den Erfolg dieser Kinder- und Jugendstrategie zu prüfen, dazu brauchen wir einen Kinder- und Jugend-Check, aber es muss uns auch gelingen, über ein Jugendhilfemonitoring und regelmäßige Jugendhilfeplanung zu erfahren: Wie ist die Bedarfslage der Jugendlichen eigentlich? Wo brauchen wir etwas? Und wo gibt es Menschen, die spezielle Unterstützung bieten? – In diesem Sinne bedanke ich mich für die Möglichkeit und stehe für Rückfragen gern zur Verfügung.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Hänsgen! – Frau Nguyen!

Ha Thu Nguyen (BSA Lichtenberg): Ich möchte vorher anmerken, dass ich selbst immer noch Schülerin und erst 17 Jahre alt bin. Ich freue mich sehr über die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen. Eine Jugendstrategie begrüßen wir natürlich als Jugendliche, aber so etwas ist viele Jahre lang angedacht worden. Viele Menschen, viele Politikerinnen und Politiker haben gesagt: Wir wollen Jugendliche beteiligen, aber wir wollen sie nicht wirklich entscheiden lassen. – Es geht uns um Verbindlichkeit. Es ist nicht hilfreich, wenn wir jetzt noch 10 000 Träger aus dem Boden stampfen und noch mehr Angebote machen und dann sagen: Hey, wir haben mit Kindern geredet. Unser Konzept ist super! –, aber Verbindlichkeit war nie da. Wenn wir ein Wahlalter ab 16 fordern, wo ein bisschen Verbindlichkeit mit drinstecken würde, wenn wir wählen dürften, dann verstehe ich nicht, wo das Problem ist. Es geht nicht in der ersten Linie um Geld oder was auch immer, es geht um den Willen. Sie alle in diesem Raum müssen den Willen haben, junge Menschen auch mal entscheiden zu lassen, also dass diese Entscheidungen auch eine gewisse Verbindlichkeit haben und auch umgesetzt werden. Eine Jugendstrategie ist super, aber wenn Sie uns einfach nur scheinbar entscheiden lassen und unsere Meinung am Ende des Tages doch nicht zählt, dann ist das alles andere als Beteiligung. Das ist nur frustrierend, und diesen Frust spüren wir tagtäglich.

Als Landesschülerausschuss, also als Landesvertretung Berlins, haben wir nicht unbedingt eine rechtliche Verbindlichkeit. Wir können unsere Meinung sagen, aber dass irgendwer mal sagt: Das wird auch umgesetzt, wir sind demokratisch legitimiert –, das passiert nicht. Ich hoffe, dass in dieser Jugendstrategie, egal, wie das ausgelegt wird, irgendwo Verbindlichkeit mit drinsteckt. Ich würde mich auch dem Punkt total anschließen: Nicht über uns reden, mit uns reden! Wie viele junge Menschen sitzen hier im Abgeordnetenhaus? Wie viele junge Menschen werden bei der Planung dieser Jugendstrategie mitmachen, und wie viele junge Men-

schen sitzen dann am Ende in dieser Jugendstrategie? – Da muss eben der Wille da sein, und man muss junge Menschen eben fragen. Es gibt super viele Projekte und Formate, aber die sind eben von älteren Menschen für junge Menschen geplant worden, und offensichtlich hilft das gar nicht so viel.

Sie haben in diesem Abgeordnetenhaus auch junge Abgeordnete. Vielleicht sollten Sie auch auf die gucken und mal nachfragen. Ich freue mich sehr darüber, wenn nach mir weitere jungen Menschen kommen – ich werde ja auch irgendwann alt – und hier im Abgeordnetenhaus sitzen und über diese Jugendstrategie reden können. Der Schritt, den wir gehen, ist wichtig, ich hoffe wirklich nur, dieses Mal kommt auch der Schritt der Verbindlichkeit mit.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Weickmann, bitte!

Tilmann Weickmann (Landesjugendring Berlin e. V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herrn Abgeordnete! Die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in den letzten zwei Jahren haben es deutlich gemacht: Berlin braucht eine eigenständige Jugendpolitik, die junge Menschen ressortübergreifend und systematisch in den Blick nimmt. Die Interessen, Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen sind in der Pandemie zu wenig berücksichtigt worden, sei es in der Schule, in der Freizeit oder in Bezug auf ihre Zukunftsperspektiven, also ressortübergreifend, könnte man sagen. Dies gilt umso mehr, als in der Pandemie bereits bestehende Ungleichheiten aufgrund prekärer Lebenssituationen noch verstärkt wurden.

Die Zahl der 14-Jährigen bis unter 27-Jährigen ist in Berlin von 2015 bis 2021 um 3,5 Prozent gestiegen. Die neue Bevölkerungsprognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung prognostiziert für die Jahre bis 2040 einen 9-prozentigen Anstieg bei den 6- bis unter 18-Jährigen und einen Anstieg um 13 Prozent bei den 18- bis unter 25-Jährigen. Das heißt, wir reden über eine wachsende Zahl von jungen Menschen in Berlin, und zwar deutlich wachsend. Auf die damit verbundenen Herausforderungen in Bezug auf Schule, Jugendhilfe, Berufsausbildung, Wohnen, Mobilität – ich könnte immer weiterführen, welche politischen Fragen alle betroffen sind – muss Politik reagieren.

Eine eigenständige Jugendpolitik fehlt bisher in Berlin, anders als auf Bundesebene und in einer ganzen Reihe von Bundesländern, die in den letzten Jahren eine Jugendstrategie entwickelt und formuliert haben. Grundlage für eine eigenständige Jugendpolitik wäre eine Jugendstrategie, die ressortübergreifend ist. Dabei kann man – das ist schon ausgeführt worden – durchaus auf Erfolge auch in der Berliner Landespolitik zurückgreifen. Das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz hat die Jugendarbeit und die Beteiligung junger Menschen deutlich gestärkt. Beispielsweise unterstützt die Jugendberufsagentur Jugendliche beim Übergang von Schule zum Beruf. In der Verkehrspolitik wurde mit günstigen ÖPNV-Tickets für Kinder und Jugendliche deren Mobilität gefördert, eine fahrrad- und fußgängerfreundliche Politik ist ebenso im Interesse junger Menschen.

Diese einzelnen Maßnahmen stehen aber oft unverbunden nebeneinander und könnten eingebettet in eine Jugendstrategie meines Erachtens deutlich mehr Wirkung entfalten und auch sichtbarer werden. Ein gelungener Versuch, Jugendpolitik strategisch zu denken, ist meines Erachtens die schon angesprochene Initiative „Jugend.Macht.Demokratie“. Ich will jetzt nicht wiederholen, was der Staatssekretär gesagt hat, denke aber, das ist tatsächlich eine Möglich-

keit, und wir sind dabei, gemeinsam mit jungen Menschen konkrete Vorschläge zu erarbeiten, die dann in eine Jugendstrategie auch aufgenommen werden könnten.

Kern einer eigenständigen Jugendpolitik ist es, allen Jugendlichen attraktive gesellschaftliche Perspektiven und gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Es geht darum, Jugendliche und junge Erwachsene bei ihrer Suche nach Orientierung und der Erprobung von Lebensentwürfen zu unterstützen und zu begleiten. Eine eigenständige Jugendpolitik betrachtet einzelne Teilaspekte der Lebensphase Jugend nicht isoliert, sondern versteht die Gestaltung jugendlicher Lebenslagen als eine politische und gesellschaftliche Gesamtaufgabe. Dabei werden die unterschiedlichen individuellen Lebenssituationen junger Menschen berücksichtigt. Eine eigenständige Jugendpolitik richtet sich an alle jungen Menschen. Sie wirkt vorbeugend und ausgleichend, um allen Jugendlichen faire Chancen und Teilhabe zu ermöglichen.

Eine Jugendstrategie müsste – das ist auch schon mehrfach angesprochen worden – natürlich ressortübergreifend erarbeitet werden. Wäre Rainer Wiebusch heute da, der ja eigentlich auch angehört werden sollte, hätte er bestimmt das gesagt, was er letzte Woche bei unserer Fachtagung zum Thema Jugendstrategie gesagt hat – ich kann das jetzt natürlich nur paraphrasieren –: Es ist eigentlich ganz einfach, eine Jugendstrategie zu machen. – Er hat das ziemlich deutlich in seiner Eröffnungsansprache gesagt. – Der Senat müsste beschließen, dass es eine Jugendstrategie geben soll, das wäre Schritt eins. Schritt zwei wäre, er müsste eine Arbeitsgruppe einsetzen, in der auf Arbeitsebene alle Ressorts unter Federführung der Senatsjugendverwaltung vertreten sind. Schritt drei wäre die Berufung eines zivilgesellschaftlichen Beirats, in dem junge Menschen und deren Selbstorganisationen, Zusammenschlüsse und Fachorganisationen diesen Prozess begleiten. Schritt vier wäre dann nach etwa anderthalb Jahren – so sagte er, in anderthalb Jahren hat es die Bundesregierung geschafft, das sollte der Berliner Senat auch schaffen – ein Senatsbeschluss zur Jugendstrategie. – So ungefähr – nicht wortwörtlich – hat es Herr Wiebusch dargestellt, und ich bin mir sicher, er hätte es heute sicherlich so ähnlich wiederholt.

Ich würde gern zu drei Elementen, die unserer Auffassung nach zu einer Jugendstrategie gehören, noch kurz ein paar Dinge sagen. Das Erste ist der Jugend-Check. Auch das hat Herr Bozkurt schon angesprochen. Seit 2017 werden Gesetzesvorhaben auf Bundesebene auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen durch das Kompetenzzentrum Jugend-Check extern geprüft. Das Kompetenzzentrum Jugend-Check ist ein Projekt des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung und wird entsprechend durch das Bundesjugendministerium gefördert. Seit 2022 erprobt auch Thüringen diesen Jugend-Check für Landesgesetze. Mit dem Jugend-Check werden beabsichtigte und nicht beabsichtigte Auswirkungen der Gesetzesentwürfe auf junge Menschen sichtbar. Der Jugend-Check wirkt als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument, um die politische Aufmerksamkeit für die Lebenslagen und Belange junger Menschen zu steigern. Das ist meines Erachtens ein ganz wichtiges Instrument, wenn man gucken will, wie sich politische Vorhaben und Gesetze auf das Leben von jungen Menschen auswirken.

Beispiel Thüringen: Das erste Gesetz, auf das der Jugend-Check angewandt wurde, macht deutlich, dass es tatsächlich eine ressortübergreifende Frage ist. Das ist nämlich ein Gesetz, wo es um die Frage geht, unter welchen Voraussetzungen Kommunen fusionieren können, also ein reines Verwaltungsthema, überhaupt kein Jugendthema. Da haben die geguckt: Was heißt das dann für das Leben von Kindern und Jugendlichen? Was heißt das zum Beispiel für

Schulwege? Was heißt das für junge Menschen, die eine Ausbildung im öffentlichen Dienst machen? Verschlechtern sich zum Beispiel durch eine kommunale Fusion deren Perspektiven, in den öffentlichen Dienst übernommen zu werden, wenn sie da gerade eine Ausbildung machen? – Also es wird deutlich, dass von ganz vielen politischen Fragen junge Menschen betroffen sind, und der Jugend-Check kann das sehr gut deutlich machen.

Ein zweiter Punkt, der bei der Jugendstrategie unverzichtbar ist, ist die regelmäßige Erstellung von Jugendberichten mit einer Darstellung der Lage junger Menschen in der Stadt. Ein Jugendbericht stellt Daten zu Lebenslagen junger Menschen in Berlin zusammen und erhebt gegebenenfalls auch eigene Daten. Er gibt einen Überblick über das Leben junger Menschen. Er bezieht dabei junge Menschen und ihre Perspektiven auf Berlin ein. Ein solcher Bericht ist nicht auf Fragen der Jugendhilfe beschränkt, sondern stellt eine zentrale Grundlage für jugendpolitische Schlussfolgerungen in unterschiedlichen Ressorts und Handlungsfeldern dar.

Der dritte Aspekt, der bei einer Jugendstrategie unverzichtbar ist, ist die Beteiligung junger Menschen und hier vor allem eine verbindliche Beteiligung – meine Vorrednerin hat das gerade angesprochen –, beispielsweise durch eine Verankerung im Bezirksverwaltungsgesetz. In mehreren Bundesländern gibt es gesetzliche Regelungen für eine verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene, beispielsweise in Baden-Württemberg, Brandenburg oder Hamburg. In Berlin gibt es leider eine entsprechende verbindliche Regelung nicht. Es gibt Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros, die durch das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz deutlich gestärkt worden sind, aber die Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros stehen vor der Aufgabe, sich immer wieder ihre Aufgaben oder die Möglichkeiten der Beteiligung selbst suchen zu müssen, weil es keine Verankerung und keine Verpflichtung gibt, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Das heißt, die Wirkung der Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros geht vor allem in den Bereich der Jugendhilfe, ist in anderen Politikfeldern in den Bezirken bisher aber nach wie vor relativ gering. Ziel einer Jugendstrategie müsste sein, die Beteiligung von jungen Menschen in allen Politikbereichen verbindlich zu machen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Herr Weickmann! – Herr Wiebusch ist heute leider erkrankt und kann deshalb kurzfristig nicht an der Anhörung teilnehmen. Das ist sehr bedauerlich. Wir merken aber, je weniger ich sage, dass wir fünf Minuten haben, desto mehr hält man sich an die Redezeitbegrenzung. Deshalb vielen herzlichen Dank, dass Sie das alle auch noch unterboten haben! – Wir kommen nun zur Beratung der Anhörung. Möchten Sie noch etwas sagen? – Dann machen wir das zum Schluss in der Beantwortungsrunde. – Wir haben auf der Redeliste Frau Schedlich, Frau Seidel, Frau Engelmann, Herrn Tabor und Herrn Simon. Dann würde ich mich in meiner Funktion als jugendpolitische Sprecherin auch noch draufsetzen und dann das für die erste Fragerunde hiermit abschließen. – Frau Schedlich, bitte!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und auch noch mal an die Anzuhörenden! – Ich habe eigentlich nur eine kurze Frage, und zwar: Es ist mehrmals angekungen, die Jugendstrategie soll Maßnahmen bündeln, die es schon gibt. Es braucht nicht noch mehr, sondern es muss verbindlich und irgendwie unter ein Dach gebracht werden. Wir haben gerade sowohl beim JugendFORUM als auch bei Ihren Ausführungen gehört, dass auch in diesen Schritten Jugendliche dringend mitbeteiligt werden sollten. Der Senat hat vorhin schon mal angesprochen, dass es ein ressortübergreifendes Gremium geben soll. Können Sie dazu vielleicht noch ein, zwei Sätze sagen, wie Sie sich das vorstellen würden, wie das aussehen sollte, dass auch hier Jugendliche beteiligt werden können. Vielleicht auch in Richtung Senat, ob Sie dazu noch ein, zwei Sätze ausführen könnten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Seidel, bitte!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch von meiner Seite für die Ausführungen! – Ich möchte mich zunächst bei Herrn Hänsgen bedanken, dass er mit den positiven Aspekten der Jugendpolitik in Berlin angefangen hat. Das ist häufig nicht der Fall, dass es auch mal zur Kenntnis genommen wird, dass etwas passiert und auch schon viel passiert ist. Wir haben uns alle gemeinsam mit unserem einstimmig beschlossenen Jugendförder- und Beteiligungsgesetz auf den Weg gemacht, und darauf sind wir auch sehr stolz. Das wird heute in der Sitzung auch noch mal Thema sein.

Ich würde gern an alle die Frage stellen: Es war die Rede von der EU und der Bundesjugendstrategie. Was ist aus Ihrer Perspektive davon hier in Berlin angekommen und bisher übriggeblieben? Sind die Maßnahmen, die dort umgesetzt wurden, bei allen Kindern und Jugendlichen angekommen? Das ist nämlich immer die Frage, mit der wir uns bei der Kinder- und Jugendbeteiligung beschäftigen: Wie erreichen wir alle Zielgruppen in der ganzen Stadt und nicht nur Menschen, die sich sowieso schon engagieren, sondern wie kommen wir an alle Kinder und Jugendliche ran? Verbunden damit die Frage: Sie haben alle gesagt, dass es vernünftige, gute Beteiligungsstrukturen geben soll. Wie sähe denn so eine perfekte Beteiligungsstruktur aus, die wir da avisieren? Auch Herr Bozkurt sprach von einem Begleitgremium, welche Vorstellungen hat der Senat, wie das aussehen könnte?

Ich habe noch ein Fragezeichen an der Stelle Jugend-Check. Das ist bei der Tagung letzte Woche auch diskutiert worden. Das Thüringer Modell, das jetzt entwickelt oder umgesetzt wird, hat in zwei Jahren eine Evaluation geplant. Ich habe auf der Veranstaltung gesagt, ich würde gern diese Evaluation erst mal abwarten und gucken, ob das tatsächlich Wirkung zeitigt, was das mit uns macht und ob da tatsächlich die entsprechende Sensibilisierung passiert.

Ich finde, das ist ein interessanter Baustein. Ich weiß aber nicht, ob das jetzt ein ganz wichtiger Aspekt ist.

Frau Nguyen hat sehr auf die verbindliche Beteiligung hingewiesen. Das haben Sie alle auch gesagt. An Sie vielleicht explizit die Frage: Sie sehen so aus, als wenn Sie da schon etwas im Kopf haben. Wenn Sie uns das vielleicht noch mitteilen würden. Können Sie dafür ein positives Beispiel nennen, wie das ganz praktisch in der Lebenswirklichkeit im Bezirk aussehen könnte?

Wahlalter 16 ist in Arbeit. Wahlalter 16 war auf jeden Fall ein ganz großes Thema bei uns, auch in den Richtlinien der Regierungspolitik und sowieso im Koalitionsvertrag. Das ist jetzt leider in die Verzögerung gegangen, weil uns die Wahlwiederholung ereilt hat. Sie können aber ganz sicher sein, dass wir an diesem Thema auf jeden Fall dranbleiben werden. Das geht nicht noch mal unter. Das darf nicht passieren.

Das, was Herr Weickmann ausgeführt hat, er hat Herrn Wiebusch mehr oder weniger zitiert, ist ein ähnliches Modell, wie die Jugendstrategie aussehen kann, wie das, was wir bei der Strategie gegen Kinder- und Familienarmut gemacht haben, nämlich ein ressortübergreifendes Arbeiten aller Senatsverwaltungen. Der Prozess ist nicht so schnell gegangen, dass nach anderthalb Jahren dafür ein Senatsbeschluss erarbeitet werden konnte, aber so ein ähnliches Modell haben wir schon mal erprobt, und das finde ich auch sinnvoll und nachvollziehbar.

Sie haben Best-Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern erwähnt. Ich würde mich freuen, wenn Sie da vielleicht noch mal konkreter mit Beispielen werden könnten. Ich habe jetzt vergessen, welche Bundesländer das waren, aber vielleicht können Sie noch mal darauf eingehen, woran man sich da am ehesten orientieren könnte.

Zum Thema Jugendberichte: Welche Aspekte die Jugendstrategie beinhalten sollte, da werden wir zeitnah in die Tiefe gehen, wie das aussehen kann. Ob das ein Jugendbericht sein muss, und wenn ja, wie oft, ist etwas, was mir noch im Kopf herumgeht, ob das wirklich notwendig ist oder ob wir nicht schon eine sehr gute Datenlage haben. – Ansonsten vielen Dank erst mal!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Seidel! – Frau Engelmann, bitte!

Claudia Engelmann (LINKE): Auch von meiner Seite vielen Dank! Ich stelle mir die ganze Zeit und schon seit vielen Jahren die Frage: Wie müssen die Bedingungen aussehen, die junge Menschen brauchen, um Engagement sozusagen von der Pike auf, also von der Kita an, wenn wir über lebenslanges Lernen nachdenken – wie sie befähigt werden können, auch im Rahmen ihrer Rechte tätig zu werden. Wir erleben auch, dass wir Menschen, die einmal angefangen haben, sich zu engagieren, im Laufe unseres Lebens immer wieder treffen. Die werden das in der Regel bis zu ihrem Lebensende auf unterschiedlichste Art und Weise tun, da sie selber merken, was das für ein Profit für die eigene Lebenserfahrung und auch in der Weiterentwicklung ist. Aber nichtsdestotrotz wissen wir auch, wie Schule drauf ist, und dass das das zentrale Alter ist, um Engagement zu lernen. Wir wissen alle, wie schwer es ist, so etwas wie Jugendjurys zu besetzen, richtige Zeitpunkte zu kriegen, tatsächlich politische Gremien dahingehend zu öffnen, dass sie zu Zeitpunkten stattfinden können, wo alle, also nicht nur Jugendliche, sondern auch Menschen, die beispielsweise, wenn wir an die BVVen denken, in

der Regel einem Job nachgehen und im Ehrenamt arbeiten, wie das miteinander vereinbar ist. Ich glaube, dass in Schule ein Ansatzpunkt liegt, wo dringend ganz viel noch geöffnet werden sollte, sicherlich auch mit dem Handlungsbedarf, dass mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an Schulen unterwegs sind. Und warum nicht Sozialarbeitende für Berliner Schulen auch im Feld der Kinder- und Jugendbeteiligung, dass das aus dem Schulsystem raus ist, sondern dass es wirklich aus dem Jugendbereich von den Profis gemacht wird? So etwas wie Schülerinnen- und Schülerhaushalt ist eines der Projekte, das umgesetzt wird, wo Kinder das lernen können, aber das allein reicht natürlich nicht, um in irgendeiner Form weiterzukommen. Ich glaube, da gibt es ganz viele Ansätze, an denen wir gemeinsam arbeiten können, wenn wir das tatsächlich mal ernst nehmen und sagen: Wir wollen das wirklich öffnen. Das ist das, was gesagt worden ist und das, was auch mein Erleben der letzten 20 Jahre in Berlin ist. Es wird viel geredet, aber eine wirkliche Öffnung ist selten passiert und wird dann auch immer von Krisen überlagert, die es immer schwieriger machen.

Dann noch eine Frage an alle: Das eine sind die Bundesländer. Gibt es irgendetwas auf der Welt, also in Ländern, wo solch eine Jugendstrategie schon prädestiniert eingeführt ist? Wie kann es umgesetzt werden? Ich habe die Hoffnung, dass wir in Berlin durchaus Chancen haben, eine Öffnung hinzubekommen. Aber in der Umsetzung – Es fängt bei Schule an. Ihr bekommt es nicht in irgendeiner Form entlastet, wenn ihr euch in Gremienarbeit – Wir beide kennen uns schon ein paar Jahre. Das ist ja ein Wahnsinn, da mit allen Funktionen, die übernommen werden, immer Rechte und Pflichten gleichzeitig aufeinandertreffen: Klassensprecherin, Klassensprecher, dann in der GSV der Schule, dann im Bezirkseleiternausschuss, dann im Landeselternausschuss. Und um überhaupt zum Landeselternausschuss zu kommen, braucht man die anderen drei Funktionen, die man auch ausfüllen muss. Das geht Eltern in der Elternarbeit genauso. Was kann da ganz konkret getan werden? Wäre so etwas wie ein WPU-Fach – mit dem ehrenamtliche Arbeit mitabgedeckt wird, ohne dass es in irgendeiner Form benotet wird, weil die Noten- und Kopfnotendiskussion wurde im Vorfeld schon angesprochen – etwas, das wir auf den Weg bringen können und sollen, um da eine Entlastung reinzubringen? Wir brauchen natürlich das Engagement der jungen Menschen, aber die brauchen auch den Freiraum, sich engagieren zu können, und das ist mit Schule oft nicht möglich. – Danke!

Ellen Haußdörfer (SPD): Vielen Dank, Frau Engelmann! – Herr Tabor, bitte!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank! – Vor gut zwei Jahren hatten wir in einer Schriftlichen Anfrage nachgefragt, ob der Senat an einer Jugendstrategie arbeitet. Die Antwort war damals sehr kurz: Die gibt es nicht. – Die Bundesregierung, aber auch andere Bundesländer haben in den letzten Jahren Ansätze für Jugendstrategien entwickelt. Im Berliner Koalitionsvertrag steht jetzt allerdings: Man wird sich hinter die Bearbeitung einer Jugendstrategie klemmen. – Herr Weickmann hat das jetzt auch gerade noch mal berichtet. Er erklärte zur Jugendstrategie, man braucht allerdings zunächst regelmäßige Jugendberichte und bei Gesetzen einen Jugend-Check, und dazu ist noch mal Folgendes anzumerken – jetzt kommen wir gleich zu der Frage: In § 43 des Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz Berlin heißt es:

Der Senat berichtet einmal in jeder Wahlperiode dem Abgeordnetenhaus über den Stand der Gesamtjugendhilfeplanung. Bestandteil des Berichts über die Gesamtjugendhilfeplanung soll auch eine in regelmäßigen Abständen aktualisierte Darstellung

der Lage junger Menschen in der Stadt und der wichtigsten Entwicklungstendenzen und Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe sein.

Ein entsprechender Bericht ist durch den Berliner Senat allerdings zuletzt im Jahr 2000 vorgelegt worden. Ich halte fest: Der Senat ist in Bezug auf den Jugendbericht der gesetzlichen Pflicht gemäß § 43 Absatz 3 AG Kinder- und Jugendhilfegesetz nicht nachgekommen. Diesbezüglich bitte ich den Senat um Stellungnahme. Viermal wurde bisher verpasst, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Das kann der Senat ja gleich mal erklären.

Zur zweiten Sache: Die AfD forderte in ihrem jugend- und familienpolitischen Konzept einen Jugendbericht und einen Jugendbeauftragten. Der Senat erklärte im Januar 2021: Aktuell bestehen keine Pläne zur Errichtung eines hauptamtlichen Landesbeauftragten für Kinder und Jugend. – Hat sich seitdem an der Position des Senates etwas geändert? Wenn ja, welches Aufgabenprofil sollte dieser Jugendbeauftragte haben? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Simon, bitte!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich darf mich im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den Anzuhörenden für die Zeit bedanken, die Sie sich heute nehmen, aber vor allen Dingen auch für die Vorbereitung, die Sie da reingesteckt haben. Das hat man gemerkt, als Sie Ihre Punkte vorgetragen haben. Das ist ganz toll gewesen. – Danke schön!

Die Frage zu den Bundesländern hatte ich mir auch notiert. Die ist aber schon zweimal gestellt worden. Die werde ich deshalb nicht wiederholen. – Ich habe naturgemäß, weil Opposition ja Regierung im Wartestand und nicht auf Dauer ist – Ich wollte das noch mal klarstellen. Das ist vorhin ein bisschen anders angekommen. Es ist nicht der Wunsch von mir, das so dauerhaft zu haben.

Ich habe insbesondere Fragen an den Senat. Ich frage den Senat: Wie viele Treffen haben seit der Auftaktveranstaltung am 5. Juli von der schon mehrfach zitierten Initiative „Jugend.Macht.Demokratie“ stattgefunden? – Herr Bozkurt, sind Sie der Meinung, dass zurzeit bei dieser Initiative eine ausreichende Jugendbeteiligung stattfindet, oder sind Sie der Meinung, das könnte noch ausgebaut werden, und in welcher Form wollen Sie das ausbauen? – Sieht der Senat ein anderes Bundesland, in dem es eine Jugendstrategie gibt, die der Senat für Berlin vielleicht in Teilen als übernehmenswert erachtet? Die Fragen meiner Vorrednerinnen und Vorredner gingen an die Anzuhörenden, und deshalb möchte ich das noch mal beim Senat platzieren. – Wie sieht das finanziell aus? Anfang nächsten Jahres werden wir unabhängig von den Wiederholungswahlen wieder in die Aufstellung eines Doppelhaushaltes gehen, und da werden Sie dann in die Verhandlungen mit der Finanzverwaltung gehen und am Ende einen Senatsbeschluss fassen. Welche Vorüberlegungen gibt es in Ihrem Haus zu den finanziellen Mitteln, die aus Ihrer Sicht eingestellt werden müssten, um eine Jugendstrategie so umzusetzen, wie Sie sich das wünschen würden?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Weickmann, der im Landesjugendring ganz aktiv ist. Sie haben im Landesjugendring ja gefordert, dass die Jugendberichte nach § 43 AG KJHG regelmäßig erstellt werden sollen. Ist das aus Ihrer Sicht nach den Debatten im Landesjugendring, die Sie geführt haben, eventuell auch zielführend, das öfter als einmal in der Wahlperi-

ode zu machen, oder sagen Sie: Nein? Das ist für mich gar nicht wertend, wir haben zum Beispiel im Beirat für Familienfragen einmal in einer Wahlperiode einen Bericht, den wir abgeben, ich halte es nicht für unbedingt notwendig, aber es kann ja sein, dass Sie das im Landesjugendring anders diskutiert haben und sagen, es wäre auch öfter ein Zwischenbericht oder Ähnliches sinnvoll und notwendig. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Herzlichen Dank, Herr Simon!

Ellen Haubdörfer (SPD): Ich melde mich jetzt in meiner Funktion als jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. – Vielen Dank an alle Beteiligten! Frau Seidel und ich hatten letzte Woche die Möglichkeit, an den Workshops teilzunehmen, und Herr Fresdorf war auch in der Diskussionsveranstaltung. Einige Fragen, die die Kollegen hier gestellt haben, sind natürlich auch dort schon gefallen. Von daher danke ich auch noch mal, dass Sie das ein bisschen aufnehmen. Vielleicht könnten Sie, Herr Weickmann, auch noch mal ein bisschen von der Tagung berichten, was zum Beispiel Brandenburg und Thüringen eigentlich machen und vor allem, welche Hürden oder Vorteile gegebenenfalls auch dieses hat, weil gerade die Verbindlichkeit von Kinder- und Jugendbeteiligung in den Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt ist, weil zum Beispiel Brandenburg gar nicht solch ein Jugendförder- und Beteiligungsgesetz hat, und da Standards für die Kommunen als auch für das Land zu schaffen, ist natürlich auch noch mal ein anderer Vergleich, als wir es vielleicht in Berlin machen.

Ich fand das ganz interessant, dass 2019 die im Kabinett beschlossene Jugendstrategie den Titel „Politik für, mit und von Jugend“ hat, um alle Ebenen, wie man beteiligt, anhört und Verbindlichkeit herstellt, mit abfasst. Ich musste dann auch schmunzeln, weil ich heute Morgen bei der Eröffnung einer Seniorenfreizeiteinrichtung war, und die Seniorinnen und Senioren wünschen sich genau das auch: eine eigene Seniorenstrategie. Da frage ich als Anwalt Diaboli: Was ist denn der große Vorteil für eine eigenständige Jugendstrategie, gerade wenn man keine Zielgruppe, weder die Seniorinnen und Senioren noch die Jugendlichen, ausspielen möchte? Wo sehen Sie den besonderen Fokus darauf, den wir zumindest als Koalitionsfraktionen schon sehr deutlich sehen, dass es sehr sinnvoll ist, eine eigenständige Jugendstrategie aufzubauen? Ich finde, man kann das ruhig noch mal ausführen. Was Sie auch ausgeführt haben, ist, dass es dieser kollegialen und vertrauensvollen Arbeit als Basis für ein funktionierendes Netzwerk auf jeden Fall bedarf, dass das keine Eintagsfliege oder eine Haushaltsfliege – so nenne ich das jetzt mal – sein darf, dass wir also Wertzeiten von Projekten oder Verbindlichkeiten im Rahmen von beispielsweise zwei Jahren haben, sondern dass wir dafür einen längerfristigen Rahmen schaffen.

Herr Hänsgen! Sie hatten gesagt: Das bedeutet nicht nur Mitwirkung auf Augenhöhe, sondern auch Kenntnis über die Abläufe und Strukturen. Da geht es auch darum, dass man eine größtmögliche Nähe zu den politisch-parlamentarischen Gremien und Strukturen hat. – Haben Sie aus Ihrer Sicht Möglichkeiten, wo es besondere Anknüpfungspunkte gibt? Wir wissen von den Qualitätsstandards für die Kinder- und Jugendbeteiligung, dass die zeitliche Nähe immer ein ganz wichtiges Faktum ist. Wenn Kinder und Jugendliche beispielsweise ihren Schulhof mitgestalten, dann sind das manchmal mehrere Jahre, die vergehen, bis dann diese Gestaltung verwirklicht wird. Das betrifft dann nicht mehr die Kinder und Jugendlichen, die sich diese Gestaltung ausgedacht oder sie für gut befunden haben, sondern die nachfolgenden Generationen. Deshalb ist auch die Frage der Zeit für Kinder und Jugendliche ein besonderer Schwer-

punkt. Frau Nguyen! Sie haben das auch ausgeführt. Deshalb würde mich interessieren, welche besonderen Gelingensfaktoren Sie gegebenenfalls feststellen können.

Einen dritten Faktor, den ich ganz wichtig finde, ist das Thema jugendgerechte Kommunikation. Gibt es von allen Anzuhörenden und vom Senat hierzu Vorstellungen, wie das noch stärker erfolgen kann? Die Frage, die Frau Seidel aufgeworfen hat: Wie erreichen wir alle? – ist natürlich besonders wichtig, und zwar, um nicht nur die zu erreichen, die wissen, wie Beteiligung funktioniert, die das über Schulgremien oder das Elternhaus mitbekommen, sondern die einfach so für bestimmte Sachen gefragt werden, zum Beispiel unsere Kinder- und Jugendeinrichtungen nutzen und dieses Element der Teilhabe feststellen.

Ich schließe mit meiner letzten Frage: Eine der Hauptkategorien des Berliner JugendFORUMs war: Politik ist mehr als Landessache – Ausrufezeichen –. Das fand ich sehr schön, weil das mehr ist als nur Kommunalpolitik. Es ist auch mehr als Bundespolitik oder mehr als Engagement an Schule. Da würde mich interessieren, wie Sie diesen Politikbegriff für junge Menschen definieren, denn Politik und politische Entscheidungen treffen ja an vielen Stellen im Leben von Kindern und Jugendlichen insbesondere zu. Wie weit sehen Sie dort Möglichkeiten und Verbindlichkeiten, diese vertrauensvolle Zusammenarbeit, die nicht von heute auf morgen zu etablieren ist, abzustecken? – Das wären die Fragen für die erste Runde.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Weickmann!

Tilmann Weickmann (Landesjugendring Berlin e. V.): Hoffentlich vergesse ich nichts. Ich will noch mal vorausschicken, weil mir das wirklich wichtig zu sein scheint: Eine Jugendstrategie ist keine Jugendhilfestrategie. Das ist noch mal wichtig, denn das heißt auch, dass es klar ist, dass das nicht nur in diesen Ausschuss, sondern in ganz viele Ausschüsse gehört. Wenn man sich die Jugendstrategie der Bundesregierung anguckt, ist das, soweit ich das verfolgen konnte, ich bin da nicht enger eingebunden gewesen, tatsächlich so gelaufen, dass sich die unterschiedlichen Ressorts politische Schwerpunkte in ihrem Ressort überlegt haben, die notwendig sind, um die Lebensbedingungen, die Lebensführungen von Jugendlichen in der Bundesrepublik auf der Ebene positiv zu gestalten. Das kann beispielsweise sein, dass man sich fragt, wie man Wohnungspolitik in Berlin so gestalten muss, dass 18-, 19-, 20-Jährige bessere Möglichkeiten haben, zu Hause auszuziehen. Das hätte mit diesem Ausschuss und mit dem Thema Jugendhilfe erst mal gar nichts zu tun, mit der Frage Careleavern dann vielleicht schon wieder, aber es wäre erst mal etwas, was überhaupt keine Jugendhilfefrage, sondern eine jugendpolitische Frage ist. Das scheint mir noch mal ganz wichtig.

Die drei Punkte, die ich in meinen Ausführungen genannt habe – der Jugend-Check, die Frage des Jugendberichts und die Beteiligung – sind keine Jugendhilfethemen, sondern jugendpolitische Themen. Der Jugend-Check prüft sinnvollerweise vor allem Gesetzesentwürfe, die erst mal gar nichts mit Jugendhilfe zu tun haben, denn bei einem Gesetz, bei dem es um Jugendhilfe geht, ist relativ klar, welche Auswirkungen es auf junge Menschen hat. Das Gesetz wäre dazu da, um Auswirkungen auf junge Menschen zu haben. Viel interessanter ist es bei Gesetzen zu machen, bei denen erst mal überhaupt nicht klar ist, warum das Auswirkungen auf junge Menschen haben könnte, zum Beispiel solche schnöden Verwaltungsfragen wie Fusionen von Kommunen.

Beim Jugendbericht ist es genau das Gleiche. Ein Jugendbericht über die Lebenslagen von jungen Menschen geht weit über die Frage von Jugendhilfe hinaus. Ich glaube, dass es sehr sinnvoll wäre, Herr Hänsgen hat es angedeutet, so etwas wie ein Jugendhilfe-Monitoring in solch einen Bericht mitaufzunehmen und zu gucken: Wie ist die Situation in der Jugendhilfe? Zunächst mal geht es aber darum, Daten zusammenzustellen und zusammenzutragen, die das Leben von jungen Menschen in Berlin darstellen, um eine grundlagen- und evidenzbasierte Politik machen zu können. Wie will man Antworten auf die Frage finden, wie eine gute jugendgerechte Mobilitätspolitik aussehen soll, wenn man die Lebenslagen von jungen Menschen in Berlin nicht vernünftig zur Kenntnis nehmen kann? Das ist, wie gesagt, eine Grundlage, aber auch hier geht es nicht um Jugendhilfe, sondern um Jugendpolitik.

Bei der Frage der Beteiligung ist es ganz genauso. Beispielsweise in Brandenburg oder in Hamburg gibt es eine Verpflichtung der Kommune, Jugend in allen für sie entscheidenden Fragen zu beteiligen, nicht in der Frage von Jugendarbeit oder Jugendhilfe, sondern in allen für Jugendliche wichtigen Fragen. Das ist eine gesetzliche Verpflichtung, und damit komme ich auf die eine Frage schon zurück, die natürlich erst mal genauso im Gesetz stehen kann und nicht immer berücksichtigt werden muss. Es ist sicherlich nicht ausreichend, etwas ins Gesetz zu schreiben und dann dafür keine Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten. Genauso reicht es nicht, wie in Berlin – wie gesagt, das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz ist sehr verdienstvoll –, die Frage der Unterstützung der Beteiligung von jungen Menschen in den Bezirken zu stärken und gleichzeitig die Bezirke aber auch nicht zu verpflichten. Das führt zu der Situation, dass jedes Fachressort im Bezirksamt sagen kann: Da habe ich jetzt Lust, Jugendliche zu beteiligen und an der Stelle nicht. – Wie gesagt, wenn man mit den Kolleginnen und Kollegen spricht und sich das in den Bezirken anguckt, fokussiert sich die Arbeit der Beteiligungsbüros tatsächlich auf viele Fragen, die in der Jugendhilfe und in der Jugendarbeit liegen. Hier ist zum Beispiel eine verbindliche Regelung natürlich deutlich förderlich, wenn man in den Bezirken auch in anderen Ressorts, in anderen Politikfragen eine verbindliche Beteiligung von jungen Menschen herbeiführen will.

Zur Jugendstrategie auf Bundesebene habe ich gerade etwas gesagt. – Es ist nach Beispielen aus den Ländern gefragt worden. Thüringen hat im Rahmen der Jugendstrategie als ein Element diesen Jugend-Check entwickelt, das andere ist, das wäre jetzt tatsächlich wieder eher eine Jugendhilfefrage, ein Jugendförderplan, der, wenn ich das richtig weiß, für eine ganze Legislatur gilt und an manchen Stellen mit den Jugendförderplänen in Berlin durchaus vergleichbar ist. Das kann natürlich Teil einer Jugendstrategie und einer Jugendpolitik sein, aber sie erschöpft sich in diesen Fragen nicht.

Frau Schedlich hatte gesagt, sie hätte es so verstanden, die Jugendstrategie soll vor allem Bestehendes bündeln, und es geht gar nicht darum, so viel Neues zu machen. – Da würde ich mich falsch verstanden fühlen. Ich glaube, man kann auf vieles aufbauen und gucken, das zu bündeln, aber es ist schon auch notwendig, in vielen Bereichen zu gucken, wie eine jugendfreundliche Politik weiterentwickelt werden muss oder vielleicht auch neue Ansätze gemacht werden sollten.

Frau Seidel, Sie hatten gefragt, wie eine perfekte Beteiligung von jungen Menschen aussieht. – Zum einen: verbindlich. Ich glaube, es muss tatsächlich klar sein: Was sind die Ziele? Worum geht es? Sollen Jugendliche wie heute im Ausschuss gerade eben gehört werden, oder sollen Jugendliche mit Abgeordneten gemeinsam diskutieren und gemeinsam Ideen entwi-

ckeln können, oder sollen Jugendliche sogar entscheiden dürfen? Das BMFSJ hat zusammen mit dem Deutschen Bundesjugendring – gerade vor wenigen Wochen aktualisiert, und, wie ich finde, sehr gut – Leitlinien für gute Jugendbeteiligung neu veröffentlicht. Das ist zum Beispiel ein Punkt, der da ganz wichtig ist. Die Frage ist vorher klar: Welche Kompetenzen und auch welche Verantwortlichkeiten sind denn in solch einem Beteiligungsverfahren, welche Spielräume? Ein anderer Aspekt ist: Welche Ressourcen stehen zur Verfügung? Wie gesagt, da ist mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz in den Berliner Bezirken schon einiges getan worden, das sehr positiv ist. Eine methodische Vielfalt ist unheimlich wichtig. Ich glaube, man muss sich von der Vorstellung verabschieden, es gäbe eine Methode, ein Instrument, ein Ansatz, wo man dann die Jugendlichen erreichen würde, dann hat man schön sortiert, nach ein paar Arbeitsgruppen führt man das zusammen, und dann hat man die Auffassung der Jugendlichen im Bezirk oder im Land. Das funktioniert nicht. Man muss mit sehr unterschiedlichen Zugängen und sehr unterschiedliche Methoden unterschiedliche Jugendliche erreichen und beteiligen. Es ist dann zum Beispiel Aufgabe von Fachkräften, beispielsweise von Kinder- und Jugendbüros, Ergebnisse aus unterschiedlichen Verfahren oder unterschiedlichen Methoden zusammenzubringen und zusammenzubinden, damit sie dann im politischen Diskurs, der natürlich ein bisschen anders als der Diskurs von Jugendlichen aussieht, auch wieder produktiv aufgenommen werden können.

Was zu einer perfekten Beteiligung gehört, ist vor allem auch Haltungsänderung bei vielen Erwachsenen – Frau Nguyen hat es angesprochen –, nämlich, dass sie bereit sind, Jugendliche verstehen zu wollen und ernst zu nehmen. Ich glaube, das ist ein ganz zentraler Punkt: Merken junge Menschen, dass ihre Meinung tatsächlich gefragt ist, dass sie tatsächlich mit Erwachsenen reden, die sich dafür interessieren, was sie sagen und die das auch ernst nehmen und umsetzen, oder wird deutlich, dass es vor allem auch darum geht, zu zeigen, dass man mit Jugendlichen im Diskurs ist? Ich kann mich da kritisch äußern, weil es das Land Berlin nicht betrifft. Fühlen Sie sich nicht angegriffen! Es gab heute eine Einladung vom Land Brandenburg, das gerade den Vorsitz für die Jugendministerkonferenz übernommen hat, zu einem Beteiligungsverfahren, wo junge Menschen an den Beratungen der Jugendministerkonferenz beteiligt werden sollen. Da gab es jetzt den Aufruf an Landesjugendringe und andere Strukturen in den Bundesländern, bis zum 5. Januar zwei Jugendliche zu benennen, die sich verbindlich für das nächste Jahr zu vier Terminen bereithalten sollen, um die Jugendministerkonferenz zu begleiten – Punkt – .

Da ist völlig unklar, worum es eigentlich geht. Es gibt sozusagen einen Zeitdruck, der völlig unverständlich ist. Es gibt ein Format, das vorgegeben ist. All das ist ganz bestimmt keine gute Jugendbeteiligung. Über „perfekt“ müssen wir da gar nicht reden.

Herr Simon! Eine Berichterstattung alle fünf Jahre ist sinnvoll und angemessen. Wenn man sich anguckt, was in anderen Bundesländern an Daten und Informationen zusammengestellt wird, ist das ein angemessenes Verhältnis von Aufwand und Sinn des Berichts als solchen.

Frau Haußdörfer! Sie hatten gefragt: Warum eine Jugendstrategie und keine Seniorenstrategie? – Um es ein bisschen zuzuspitzen: Ich bin als Geschäftsführer des Landesjugendrings Lobbyist für Jugendliche. Deswegen spreche ich über eine Jugendstrategie. Das heißt nicht, dass möglicherweise auch andere politische Strategien sinnvoll sein können. Es gibt aber tatsächlich ein entscheidendes Argument, warum ich sagen würde, dass eine Jugendstrategie wichtiger ist, das die Frage des Wahlrechts, das schon angesprochen wurde. Da unter 18-Jährige kein Wahlrecht haben, fehlt ihnen eine ganz zentrale Möglichkeit, ihren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen und damit unser Gemeinwesen mitzugestalten. Das erfordert von der Politik eine deutlich größere Aufmerksamkeit für eine Gruppe, die über das Wahlrecht nicht politisch mitentscheiden kann. Das fordert von der Politik, diese Gruppe deutlich mehr in den Blick zu nehmen und zu gucken, wie sie über andere Wege und Elemente eine Politik machen kann, die für junge Menschen gut und für das Leben von jungen Menschen in Berlin förderlich ist.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Frau Nguyen!

Ha Thu Nguyen (BSA Lichtenberg): Ich habe mir alle Fragen einmal aufgeschrieben. Die erste Frage war: Wer von den Jugendlichen soll denn beteiligt werden? – Das ist eigentlich eine sehr gute Frage. Wir vom Landesschülerausschuss, da ich dort Mitglied bin, würden uns freuen, wenn wir beteiligt werden würden, einfach, weil wir die Landeschülerversammlung Berlins sind. Gleichzeitig möchte ich selbstkritisch anmerken – und bitte, sagen Sie das nicht meinem Gremium –, dass wir recht elitär sind, dass super viele Gymnasiasten im Landesschülerausschuss sind und wir nicht unbedingt eins zu eins die Berliner Jugend abbilden. Deswegen muss man auch, das ist ganz wichtig, irgendwie Jugendliche per Zufall mitbeteiligen, das heißt, man lost aus jedem Bezirk zwei Jugendliche aus oder irgendetwas in der Richtung. Unsere Strukturen, wie wir sie jetzt haben, beteiligen nicht alle Jugendlichen. Das klingt schon an, man braucht unheimlich viel Zeit neben der Schule, neben was auch immer man machen muss. Wenn man fünf Geschwister hat, auf die man aufpassen muss, wäre es zwar schon wichtig, dass man beteiligt ist, aber das funktioniert nicht, weil die Zeit für Beteiligung nicht da ist. Deswegen: Bitte lösen Sie, und sagen Sie dem Landesschülerausschuss nicht, dass ich das gesagt habe.

Was ist eine perfekte Beteiligungsstruktur? – Eine perfekte Beteiligungsstruktur ist niederschwellig. Niederschwelligkeit bedeutet, dass jeder ganz leicht mitmachen darf. Das fängt schon in der Schule an, dass nicht irgendwie der Schulhof geplant werden muss und man erst mal zum Bezirksamt rennt und zu sonstigen Stellen, sondern dass man die Schüler fragt: Hey, wir haben morgen einen Wandertag. Wo wollt ihr denn hin? Wollen wir in dieses Kino? Welchen Film wollen wir gucken? – Das ist ganz niederschwellig, aber auch so etwas muss bedacht werden. Wenn man keine Selbstwirksamkeit erfährt, wenn in der Schule die ganze Zeit gesagt wird: Das und das ist vorgeschrieben, dann wird man auch nicht den Mut herzaubern,

sich plötzlich zu beteiligen, weil man das Gefühl hat, Beteiligung bringt nichts. Und da keine richtige Verbindlichkeit der Beteiligung existiert, verstehe ich auch, warum viele Menschen aus meinem Umfeld und viele Freunde sagen: Warum beteiligst du dich überhaupt? Das bringt alles eh nichts. – Eine perfekte Beteiligungsstruktur ist beispielsweise auch so etwas, wie auf dem Schulhof öffentlich eine Schülersprecherwahl zu haben. Schülersprecherwahlen gibt es an jeder Schule, und jeder Schüler muss durch diesen Prozess gehen, aber es ist komplett unterschiedlich ausgelegt und vor allem sehr personenabhängig. Das liegt daran: Hat die Schule genug Sozialarbeiter? Hat sie überhaupt Sozialarbeiter? Gibt es engagierte Lehrer oder Lehrerinnen, die sich dafür einsetzen, dass Schüler beteiligt werden? In meiner Schule ist es so: Wir sitzen auf dem Schulhof und diskutieren beispielsweise über Käsebrotpreisbremsen. Das klingt absurd, aber es ist sehr lustig und bringt Schüler dazu, dass sie Spaß an Beteiligung haben und dass es nicht nur eine elitäre Gruppe von Schülern ist, die über Antrag, Drucksache XY reden. Das ist nicht schülerfreundlich, und das ist keine schülerfreundliche Kommunikation. Deswegen ist perfekte Beteiligungsstruktur für uns auch, dass man versucht, so zu kommunizieren, wie Jugendliche kommunizieren und auch über diese Kanäle. Das heißt nicht, 50 000 E-Mails schreiben und im schlimmsten Fall noch Fax benutzen, sondern sich beispielsweise auch mal an Social Media heranwagen, ein bisschen selbstkritisch sein, und vielleicht wird es dann auch etwas lustiger.

Jugend-Check? – Ist wichtig. Wir stellen uns diese Verbindlichkeit beispielsweise so vor, dass man vielleicht als Bezirksschülersausschuss auch Teil der BVV ist, dass man dort einen Sitz hat und vielleicht auch ein Antrags- und Rederecht, und wenn Ihnen das Antragsrecht zu weit geht, zumindest ein Rederecht. Es gibt viele Dinge, die Sie als Politiker machen, die wir wirklich nicht verstehen, weil das solch ein Bürokratendeutsch ist, und wenn man wenigstens die Chance hat, eine Frage zu stellen, wäre das schon gut. Die Bedingungen oder Befähigungen, die es für Beteiligung braucht, sind, wie gesagt, Zeit, Selbstwirksamkeit, und man muss überlegen: Wo sind denn eigentlich alle Jugendlichen oder alle Kinder in der Schule schon mal gewesen? Deswegen sollte man da ansetzen. Wenn man probiert, extern eine AG zu gründen und dann betet, dass irgendjemand dahin geht, geht da vielleicht irgendjemand hin, aber man bekommt nur 5 Prozent und nicht 100 Prozent. Wenn man in der Schule Engagement fördern würde, würde man zumindest die Chance haben, alle zu erreichen. Man wird natürlich nicht jeden erreichen. Schule ist aber so vollgepackt, und das hat mein Vorredner schon angemerkt, dass wir in der Schule gerade so viel Stress haben, dass unglaublich viele Schüler Burnouts erfahren, suizidal sind, absolute Angst vor Noten haben und einen unglaublichen Druck in der Schule erfahren durch Lehrer, die noch zusätzlich zu diesem System, das unglaublich viel Druck schafft, diskriminierend sind usw. usf. und manchen Schülern auch unglaublich viele Steine in den Weg legen, damit es noch viel stressiger wird. Das ist keine gute Bedingung, um sich irgendwie zu beteiligen. Deswegen muss man gucken, dass Schule Schülern das Gefühl gibt, dass sie gehört werden. Wie Schule jetzt ist: Frontalunterricht, irgendjemand steht da vorne, und diese Person hat alle Macht, die es im Raum gibt, und man hat als Schüler nichts zu sagen, und wenn man die Frage nach dem Warum stellt, absolute Rügen erhält, ist das nicht der Beginn, wie man befähigt wird. Das sind eher sehr viele Schritte zurück. Wenn man sich vielleicht mal in den Klassenraum mit alten Lehrerinnen oder Lehrern setzt, die so denken, dass Frontalunterricht das Beste ist und sie die Könige im Klassenraum sind, sollte man sich eigentlich gar nicht wundern, weshalb sich Jugendliche nicht beteiligen.

Was kann konkret getan werden? – Eigentlich: die Antworten zu diesen ganzen Fragen, die wir gegeben haben, und die Antworten, die Herr Hänsgen noch gibt, zu berücksichtigen und ein bisschen verbindlich überlegen, wie man das anwenden könnte.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Hänsgen, bitte!

Thomas Hänsgen (LJHA): Frau Haußdörfer, Sie haben gefragt: Was hat solch eine Strategie eigentlich für einen Vorteil? – Meiner Überzeugung nach hat das Vorteile aus zwei Richtungen. Zum einen: Die Angesprochenen, die Betroffenen müssen sich Gedanken machen, was sie wollen, und in einem Diskussionsprozess darüber reden: Wo fangen wir eigentlich an? Wo hören wir auf? Was geht vielleicht aus welchen Gründen auch immer nicht? Das ist die eine Seite der Medaille. Die zweite Seite der Medaille ist, dass wir eine Verbindlichkeit haben, an der wir uns alle messen lassen und auch sagen können, was nicht geht, denn in dem Bereich Qualität anzubieten heißt auch, klar zu sagen: Das geht nicht. Ich glaube, wenn wir fragen: Wann ist eine solche Kinder- und Jugendstrategie erfolgreich? –, dann sollten wir uns auf jeden Fall im Klaren sein, wenn wir das wollen, müssen wir es richtig machen oder sein lassen. Ich glaube, es gibt nichts Schlimmeres, als Enttäuschung zu produzieren. Wenn wir Beteiligung zulassen und Beteiligung wollen, dann bedeutet das auch, dass alle ein Stück zurückstecken müssen. Natürlich kann ich auch einen alten Menschen verstehen, der sagt: Wir wollen eine Seniorenstrategie. Wir müssen es schaffen, miteinander ins Gespräch zu kommen, denn, wenn jede Zielgruppe ihre eigene Strategie hat, stehen die Strategien nebeneinander, und es bewegt sich nicht wirklich viel.

Es gibt gute Beispiele aus anderen Ländern, Japan zum Beispiel, wo Kindertages- und Seniorenbetreuung in einem Gebäude unter einer Trägerschaft gemacht wird, und das beflügelt sich sozusagen gegenseitig. So ungefähr stelle ich es mir tatsächlich vor, dass wir nicht losgelöst eine Kinder- und Jugendstrategie diskutieren, obwohl ich die total wichtig finde, aber es gibt außer Kinder und Jugend auch noch andere Sachen, und wenn wir die dann haben, reden wir über Schnittstellenproblematik. Wir müssen überlegen, ob die zeitlichen und formalen Abfolgen, mögen sie noch so korrekt und juristisch ausgeurteilt sein, wirklich sinnvoll sind. Ich kann Ihnen aus Bezirken Kindertagesstättenprojekte nennen, da haben die da, die anfangs in Rede standen, dort hineinzugehen, gerade Konfirmation oder Jugendweihe gehabt. Ich glaube, das ist kein gelungenes Beispiel von Jugendpolitik. Das hat alles seine Ursachen, und jeder, der, wenn ich das Projekt nennen und hier Stellung nehmen würde, kann für sich immer sagen, er hat alles richtig gemacht, aber am Ende ist irgendwie etwas herausgekommen, was eigentlich nicht im Sinne des Erfinders sein kann.

Wenn hier gefragt wird, ob wir durch die EU- oder Bundesjugendstrategie alle erreicht haben, kann ich keine empirische Erhebung als Beleg dafür sagen, aber wir haben nicht alle erreicht, weil wir tatsächlich strukturell eine bestimmte Gruppe von Menschen ausschließen. Wir haben nach wie vor eine große Gruppe von Einrichtungen wie Jugendfreizeiteinrichtungen, die nicht barrierefrei sind. Da sind die Kolleginnen und Kollegen personell nicht so ausgestattet, dass es ihnen gelingt, sich auf ein Kind oder einen Jugendlichen einzustellen, der beispielsweise gehörlos ist oder eine kognitive Einschränkung hat, wo es darum geht, bestimmte Dinge zu erklären, zu übersetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es auch einem jungen Menschen mit Autismus ermöglichen, Jugendfreizeiteinrichtungen zu erreichen. Das muss eine Grundvoraussetzung sein, bevor wir überhaupt über inhaltliche Strategien reden. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Senat seine Vorstellung für die Sanierung von Jugendfrei-

zeiteinrichtungen tatsächlich umsetzen kann, denn das sind Dinge, die notwendig sind, und wenn wir bestimmte Rahmenbedingungen nicht haben, brauchen wir über Erfolg von Beteiligung nicht reden, denn dann schließen wir von vornherein bestimmte Gruppen aus. Natürlich wird es Projekte geben, da können nicht alle mitmachen, das ist völlig klar, aber wir müssen es klar definieren und sagen: Das geht, und das geht nicht. Nur so kann Beteiligung erfolgreich sein.

Ich denke, das hat Frau Nguyen auch schon gesagt: Wir müssen darüber reden, wie wir es schaffen, Verfahren von Politik so zu erklären, dass das wirklich alle so verstehen, wie sie es altersgerecht verstehen können. Wichtig ist, dass erklärt werden muss, warum bestimmte Dinge so lange dauern, warum bestimmte Dinge nicht funktionieren. Nur so kann Beteiligung erfolgreich funktionieren, und nur so kann auch eine Jugendstrategie erfolgreich sein. Ich denke, wir müssen auch überlegen, wie wir stufenweise eine solche Beteiligung umsetzen können, denn Kinder und Jugendliche müssen erfahren, welche Erfolgserlebnisse oder welchen Adrenalinkick es ermöglicht, wenn man erfolgreich seine Meinung eingebracht hat und sie umgesetzt werden kann. Dazu brauchen wir nicht in die Kinder- und Jugendgeschichte gehen, sondern da muss sich jeder in seinem Bereich engagieren. Ich glaube, da muss man auch kein Pädagogikstudium machen, sondern das ist eine Frage von Einstellung: Wie will ich es zulassen, dass Menschen, Kinder andere Wege gehen und trotzdem zum Ziel kommen, auch wenn es vielleicht nicht mein Weg ist? Den muss ich aber zulassen und auch aushalten. Ich muss es aushalten, dass Leute andere Wege gehen und trotzdem zum Ziel kommen. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen, ansonsten einfach nachfragen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wunderbar! Herzlichen Dank! – Jetzt noch der Senat, bitte!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF): Zu Beginn zu einer Frage zur Seniorenstrategie, die nicht mir gestellt wurde, die ich aber trotzdem gern beantworten würde. Wir unterhalten uns beispielsweise auf Bundesebene über die Kindergrundsicherung. Würde es da um alte Menschen und Rentenpolitik gehen, würde es wahrscheinlich deutlich schneller gehen als das, was sich jetzt abzeichnet, dass wir Ende der Legislatur da weiterkommen. Das ist ein gutes Zeichen. Die Coronathematik ist auch ein spannendes Feld. Als wir das Land dicht gemacht haben, als es um die Alten ging, finde ich es als Papa mit kleinen Kindern im Vergleich dazu gerade recht ruhig, wenn man sich anschaut, wie gerade Krankenhäuser, Kinderärzte usw. in der Situation stecken. Eine Freundin mit einem Säugling, der zwei Tage hohes Fieber hat, findet keinen Arzt und muss sich von Tag zu Tag vertrösten lassen. Das ist dann schon eine Frage von: Brauchen wir eine Seniorenstrategie, oder ist das Themenfeld an der Stelle wahrscheinlich schon gut bedient?

Beteiligungsgremien: Beteiligungsgremien sind wichtig, Frau Seidel. Wir haben im letzten Jahr den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung im Bereich gegen Rechtsextremismus und Rassismus gehabt. An der Stelle hatte sich beispielsweise ein Beteiligungsgremium jenseits der Politik entwickelt, weil Organisationen sagten: Das muss begleitet werden. So stelle ich mir das dann tatsächlich auch vor, dass wir ein Gremium schaffen, jetzt nicht, jemand macht das von außen, wir wollen es auch mitfördern, das das spiegelt, was im Senat mit den beteiligten Ressorts diskutiert wird, damit das auch noch mal angereicht wird, wenn eine Abzweigung vielleicht mal nicht so ganz die richtige ist. Das ist das eine.

Es hörte sich ein bisschen so an, als wären alle anderen Bundesländer so weit und wir würden hinterherhecheln. Das, was wir an Daten haben, wo es überhaupt eine Jugendstrategie gibt, ist Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt, und dann war es das. Wir hätten jetzt kein Vorbildbundesland. Tatsächlich gucken wir an der Stelle auf den Bund, weil da die Strategie und die Entwicklung gar nicht schlecht waren, gerade in Bezug darauf, wie das auch begleitet wurde. Von daher ist darauf ein bisschen der Blick. Aber an der Stelle auch der Hinweis: So eine Jugendstrategie muss dann auch gelebt werden, denn, wie gesagt, sie wurde im Bund 2019 entwickelt, und wenn ich in der Coronapolitik sehe, dass auf junge Menschen nicht so achtgegeben wurde, dann stellt sich die Frage: Was bewirkt solch eine Strategie überhaupt, wenn man das nicht im Bild hat?

Landesbeauftragter für Jugend: Ich nehme an, das ist der Job, den ich habe. Von daher hat sich an der Stelle an der Einstellung, und ob es einen Landesbeauftragten braucht, nichts geändert. Es gab drei Treffen „Jugend.Macht.Demokratie“, nächste Woche das vierte Treffen.

Ausreichende Jugendbeteiligung: Das sind im Moment ein Drittel, die wir bewusst auch so gewählt haben. Wir merken, da es an der Stelle manchmal auch Änderungen gibt, dass junge Menschen nicht nur darauf gewartet haben, in solch einem Gremium zu sitzen, sich dann zwölf Monate Zeit nehmen und das einfach mitmachen. Das ändert sich dort dann auch ein bisschen, aber an der Stelle haben wir tatsächlich penibel darauf geachtet, mindestens ein Drittel dabei zu haben.

Doppelhaushalt: Die Bausteine, die wir aktuell haben, wollen wir natürlich absichern. Das ist ein Punkt. Natürlich – ein Wunsch an Sie als Haushaltsgesetzgeber – braucht es da immer mehr Mittel. Von daher freue ich mich über Ihre Unterstützung. Was wir konkret auch machen werden, ist, bei der Stellenanmeldung noch mal zu gucken, wie wir diesen Bereich verstärken können, denn auch „Jugend.Macht.Demokratie“ machen wir jetzt einfach mal on top. Das heißt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch mal Anstrengungen, aber auch, dass ich mir Protokolle genau angucke, Sitzungen mitvorbereite, plane. Das machen wir tatsächlich on top. Da braucht es tatsächlich personaltechnisch noch Unterstützung.

Jugendgerechte Kommunikation: Da gab es die Aussage: Beispielsweise twittern. – Das führt manchmal dazu, dass Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung etwas unruhig sind: Hat der Bozkurt heute Morgen schon etwas getwittert? – Auch das ist ein Thema, welche Kanäle man benutzt. Das wurde zu Recht erwähnt. Wir müssen gucken, welche Kanäle und auch welche Personen das machen. Ich habe hier drüben gefragt, ob ich noch als jung gelte. Anscheinend nicht, aber es ist gut, dass wir mit Ana-Maria Trăsnea eine Staatssekretärin haben, die 28 Jahre ist. Auf Bundesebene gibt es zum Beispiel Reem Alabali-Radovan, die Integrationsbeauftragte ist. Das sind auch noch mal wichtige Zeichen. Wer sendet, und wo wird gesendet, sind wichtige Fragen.

Jugendstrategie ressortübergreifend: Wir haben Ansätze, wo gut ressortübergreifend zusammengearbeitet wird. Dafür gibt es dieses Jahr ein gutes Beispiel: Europäisches Jahr der Jugend. Wir haben die Aktivitäten gemeinsam mit der Kulturverwaltung ein bisschen gebündelt, wir haben eine gemeinsame Webseite. Auch das sind erste Ansätze, die man natürlich weiterstricken muss.

Dann komme ich zum letzten Punkt: Das Berichtswesen. Erst mal ist immer die Frage: Was macht man mit Berichten? Wozu sind Berichte da? – Berichte sind dazu da, dass etwas daraus folgt. Das, was wir mit dem Jugendfördergesetz haben, ist gerade so etwas. Wir haben Jugendliche gefragt, und daraus folgt der Prozess, dass alle Maßnahmen, die darauf folgen müssen, auch auf dem Wunsch der Jugendlichen fußen müssen. Das heißt: habe ich einen Bericht, der völlig lose hängt, habe ich nichts davon, aber wenn ich solch einen Prozess habe, wo ich sage: Jugend wird beteiligt, und daraus folgt dann das, was du machen darfst, ist das der richtige Ansatz. Trotzdem sind Berichte wichtig. Deswegen will ich kurz darauf hinweisen, wie wir es themenspezifisch gemacht haben. Nur, um ein paar Berichte zu nennen, die eigentlich auch in solch einen Gesamtbericht fließen könnten, aber auch alleine für sich stehen: Armutslagen von Kindern und Jugendlichen – das ist ein Bericht –, wir haben Kindertagesstättenentwicklungspläne – jährlich fortgeschrieben –, den Förderatlas für Kitausbau – dazu regelmäßiges Monitoring –, Beiträge zum Bericht über die Lebenslagen und Teilhabe von Menschen mit Behinderung, einen Sonderbericht nur zu der Personalfluktuation in den Jugendämtern, die bezirklichen Jugendpläne usw. usf. Das heißt, es gibt eine zahlreiche Palette an Berichten, die sehr speziell auf einzelne Themen gucken. Die kann man natürlich in einen Bericht zusammenkopieren, wenn das so sein soll. Mir liegt vielmehr daran, da ich auch beruflich aus dem Bereich Data Warehousing komme, dass wir tatsächlich täglich Berichte haben. Das heißt, wenn ich ein Data-Warehousing-System aufgesetzt habe, wo man täglich reingucken kann und sieht, wie gerade die Situation zum Stand heute ist, dann haben wir viel mehr entwickelt. Da ist unser ISBJ-Bereich und Herr Schulze, der auch in der Schalte, engagiert mit dabei ist. Das wird permanent weiterentwickelt. Ein Anliegen ist damit dann auch, das eben in der Diskussion erwähnt wurde, dass das, was wir an Entscheidungen treffen, deutlich mehr datengetrieben nicht mehr Bauchgefühl ist. Das würden wir tatsächlich hinkommen, wenn wir den Bereich Data Warehousing weiterentwickeln könnten. – Jetzt frage ich an der Stelle Herrn Schulze, ob Sie dazu eine Ergänzung haben, und Frau Stappenbeck zu den anderen Punkten.

Holger Schulze (SenBJF) [zugeschaltet]: Von meiner Seite habe ich dazu keine Ergänzung.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF): Ich würde nur eine Ergänzung machen, aber zu der Frage von Frau Seidel, da das eine ist, die mich auch immer umtreibt: Wie schaffen wir es, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, die keine Gymnasiasten sind, die sich nicht so engagieren? Ich denke, da müssen wir erst mal wieder in die Jugendhilfe gucken. – Wirklich am breitesten sind wir in der Jugendarbeit aufgestellt, aber wo wir hin müssen, mit Heimräten und vielen anderen Bezeichnungen, ist in der stationären Jugendhilfe. Wir müssen in den Bereich der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und in den Bereich der Jugendsozialarbeit. Dort sind alle jungen Menschen, die bereits negative Folgen in ihrem Leben erlitten und oft überhaupt nicht mehr den Drive haben, sich zu beteiligen. Wie schaffen wir es, an diese Zielgruppen heranzukommen? – Da müssen wir erst mal wieder in der Kinder- und Jugendhilfe anfangen, um in den Bereichen etwas aufzubauen, und das ist auch etwas, das wir uns stark vorgenommen haben.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Dann haben wir noch eine zweite Fragerunde. Wenn es noch Anmeldungen gibt, dann bitte ich um Mitteilung. – Herr Fresdorf!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde gern noch mal kurz, weil es in der ersten Runde nicht noch mal vertieft wurde, das Thema Wahlalter 16 ansprechen

wollen, weil das auch nicht die eierlegende Wollmilchsau zur Jugendbeteiligung ist. So, wie es geplant wäre – nach knapp einem Jahr Zeit dafür lag der erste Entwurf irgendwann auf dem Tisch –, wäre es nur ein reines aktives Wahlrecht, aber kein passives. Das heißt also, wir bekommen keine jungen Leute in die Parlamente, wie Sie es auch ausgeführt haben. Was der Wunsch vielleicht auch wäre, dass sich junge Leute mehr an den Prozessen auch im Parlament beteiligen, dazu würde das Wahlalter 16 nicht beitragen, wenn man dazu nicht noch eine größere Strukturreform machen und sagen würde: Wir müssen aktives und passives Wahlrecht ermöglichen und damit auch die Volljährigkeit gleich heruntersetzen, damit nicht die Eltern über die Stimmabgabe entscheiden. Da würde mich noch mal Ihre Sicht, die aus der Altersgruppe kommt, interessieren. Brauchen wir da viel mehr, wenn wir über so eine Reform sprechen? Müssen wir aktives und passives Wahlrecht mitdenken?

Vielleicht mehr ein Statement als eine Frage: Wir können als Parteien natürlich viel mehr machen, wenn es um die Jugendbeteiligung geht. Man kann Mitglied einer Partei auch schon ab 16 werden. Das ist vielen vielleicht gar nicht so bekannt. Ich persönlich bin mit 16 Jahren in die FDP eingetreten, nicht in die Jugendorganisation, weil ich der Meinung war, dass die mich auch da ernst nehmen müssen. Das kann man auch machen, um am politischen Prozess mitzuwirken. Vielleicht ist das eine Sache, die man mehr in die Stadt tragen müsste, dass es die Möglichkeiten gibt, auch in Parteien, nicht nur – in Führungsstrichen – in Jugendorganisationen, schon früher mit Stimmrecht usw. mitzuwirken. Und wenn man das Wahlrecht anpasst, dann sicherlich auch bei Wahlversammlungen, damit man zum Landesparlament mitstimmen kann. Dafür sollten wir entschieden gemeinsam werben, auch durch den Landesjugendring zum Beispiel, der das durchaus weitertragen kann, dass es diese Möglichkeiten gibt, denn sie sind teilweise da, wir müssen sie nur verstärkt nutzen.

Das Thema Mitwirkung bei den BVVen ist eine Sache, die ich für mich gern noch mal mitnehmen mag. In meinem Heimatbezirk Spandau gibt es seit Jahren eine Generationen-BVV. Die ist einmal im Jahr. Da können Jugendliche und Seniorinnen und Senioren Anträge und Anfragen einbringen. Das war damals ein langer Prozess. Es fing erst mal mit der Idee einer Jugend-BVV an, und das hat sich zu diesem Thema fortentwickelt. Vielleicht kann man so etwas auch mit ein, zwei Tagesordnungspunkten grundsätzlich in jeder BVV einbauen. Hier könnte man tatsächlich lösen, welchen Antrag man behandelt. Ich finde es aber schwierig, in Gremien zu lösen, muss ich ganz ehrlich sagen. Da wäre mir immer eine demokratische Legitimation wichtig. Nur, um das noch mal gesagt zu haben. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Herr Fresdorf! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann schließe ich die Redeliste.

Ellen Haußdörfer (SPD): Ich mache noch mal als jugendpolitische Sprecherin eine Bemerkung. Herr Weickmann! Ich habe nicht gewusst, oder es war zumindest nicht intendiert, dass man durch diese zugespitzte Zielgruppendifkussion solche Beiträge auslöst. Ich bin ursprünglich gar nicht auf das Wahlalter 16 gekommen, sondern ich dachte eher an die Kinder- und Jugendparlamente. Herr Fresdorf hat darauf gerade noch mal Bezug genommen, dass es in den Bezirksverordnetenversammlungen diese Seniorinnen- und Seniorenparlamente natürlich gibt, wie sich übrigens auch hier im Abgeordnetenhaus die Seniorinnen und Senioren treffen. Deshalb frage ich noch einmal: Diese bisherigen Elemente wie Kinder- und Jugendparlament, wie Schülerinnen- und Schülerhaushalte, auch solche Formate wie das Jugendforum, sind das aus Ihrer Sicht Instrumente, die in ihrer Vielseitigkeit sicherlich noch ausgebaut werden könn-

ten und müssten, und gleichzeitig aber auch ein Startpunkt sein können, um mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen?

Die zweite Frage habe ich an Frau Nguyen. Sie sind auch Regionalsprecherin für START. An welchen Rahmenbedingungen müsste man schrauben, damit man auch mehr Kinder- und Jugendbeteiligung primär für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund herstellen kann? Denn das ist ja auch eine Zielgruppe innerhalb dessen, was Sie gerade über den Landesschülerausschuss ausgeführt haben. Sehen Sie als Gruppe insgesamt die Entwicklung einer umfassenden Kinder- und Jugendstrategie als Katalysator für nachhaltig mehr Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in den Rahmenbedingungen, die Sie, Herr Hänsgen, Herr Weickmann, Frau Nguyen, aber auch der Senat jetzt hier geäußert haben?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Dann Herr Hänsgen!

Thomas Hänsgen (LJHA): Die bestehenden Instrumente wie Schülerinnen- und Schülerhaushalt und andere sind sicherlich gute Instrumente, etwas zu erreichen, wo man wirklich hingucken muss: Wen erreichen wir damit, und wer macht da mit? Wenn wir nur die Funktionsnäheliste der Kinder und Jugendlichen erreichen, wie Schülerinnen- und Schülersprecher und andere, dann haben wir nicht wirklich ein objektives Bild, sondern es muss uns gelingen, mit einer objektiven Werbung, aber auch mit einer Begleitung genau in die Gremien zu gehen, wo gerade Kinder und Jugendliche sind, die eine Herausforderung in ihrem Leben zu bestehen hatten und haben. Frau Stappenbeck hat hier das Thema der Jugendhilfe angesprochen. Es gibt aber sicherlich einige, die tatsächlich nicht in der Jugendhilfe landen und trotzdem Unterstützung brauchen.

Ähnlich ist es mit dem Wahlalter 16. Natürlich ist es wichtig und richtig, dass sich Jugendliche an ihren Belangen beteiligen und das mit einem rechtsverbindlichen Akt der Wahl auch kundtun. Ich finde es nur wichtig, dass es Unterstützungsstrukturen geben muss, dass man erklärt, was passiert, und man genau die erreicht, die eben nicht in der Lage sind, sich über Literatur und andere Medien allumfassend zu informieren. Dann ist es sinnvoll. Ich persönlich finde ein aktives Wahlrecht eine ganz spannende Geschichte. Es muss uns nur klar sein, dass man sich darauf einlassen muss und Jugendliche andere Wege haben. Das muss man als Gremium und als Politik aushalten und sich möglicherweise auch noch mehr Zeit nehmen, als man sich sowieso Zeit nimmt. Ob dann die Sitzungszeiten bis in die Nacht hinein immer die richtigen sind, wird dann vom Einzelfall abhängig sein. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Nguyen, bitte!

Ha Thu Nguyen (BSA Lichtenberg): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Ein Wahlalter ab 16 fordern wir als Landesschülerausschuss sowohl aktiv als auch passiv. Wir sehen die Vorbereitung dafür oder die Fähigkeit gegeben, weil es in den Berliner Schulen Politikunterricht gibt, und der ist auch verpflichtet. Das heißt, wir stellen dadurch sicher oder versuchen es zumindest, dass ein reflektierter Umgang mit der Stimme passiert und es ein mündiger Bürger oder eine mündige Bürgerin ist, die dann dort ab 16 ihre Stimme abgibt. Wir befürworten daher beides und nehmen aber natürlich alles, was wir bekommen können. Das heißt, falls das passive nicht möglich ist, nehmen wir auch nur das aktive Wahlrecht. Wir freuen uns, falls es irgendwann in irgendeiner Art und Weise, kommt und natürlich je mehr desto besser.

Parteien können viel machen. Das Problem ist nur, Parteien sind – so habe ich das aufgenommen, und so sagen es viele meiner Freundinnen und Freunde in meinem Alter – nicht so cool.

Parteien haben eben dieses schlechte Image: Da sind nur alte Menschen drin und alte Politikerinnen und Politiker, die dort Politik machen, und man hat als junger Mensch eh keine Chancen. – Das kann natürlich von Fall zu Fall unterschiedlich sein, aber dadurch, dass dieses Bild gegeben ist und viele ältere Menschen uns als Kinder und Jugendliche in unserem Leben nicht ernst genommen haben, führt es eben dazu, dass man sich nicht in einer Partei engagieren möchte. Man hat viel mehr Wirkung auf Instagram und Twitter, dort gibt es Interaktionen, es wird immer sofort geliked, interagiert und hat auch manchmal mehr Auswirkungen, als wenn man sich in eine Partei reinsetzt. Ich habe keine Ahnung, wie die Strukturen bei Ihnen in den Parteien sind, aber die sind als Jugendlicher nicht so leicht zu verstehen. Man muss es einfach zugänglicher gestalten. Parteien sind nicht unbedingt niederschwellig. Ich weiß, Sie gucken jetzt skeptisch und sagen: In meiner Partei sind doch junge Leute! – Ja, aber nicht so viele, wenn Sie es mal damit vergleichen, wie viele ältere Menschen in Ihren Parteien sind. Deswegen muss man vielleicht auch das Parteiensystem ein bisschen überdenken, jungen Menschen ein bisschen mehr Mut machen und das etwas zugänglicher gestalten. Ich glaube, Parteien sind wichtig, und wenn junge Menschen in Parteien sind, kommen auch junge Themen in die Politik und im Agendasetting vor.

START – für diejenigen, die es nicht wissen – ist ein Stipendiumprogramm für Menschen mit Migrationshintergrund, die sich besonders gesellschaftlich engagieren. Da muss ich Herrn Hänsgen recht geben: Wir wollen ja eigentlich nicht nur die erreichen, die sich schon besonders engagieren, sondern auch diejenigen, die sich nicht engagieren. START hat gezeigt: Wenn man in diese Communities reinkommt, ist es auch viel leichter, diese Menschen zu erreichen. Das heißt, vielleicht ist es ein Startpunkt, um Menschen zu erreichen, die sich schon stark engagieren. Beispielsweise ist die vietnamesische Community auch schwierig zu erreichen, wenn man keinen vietnamesischen Hintergrund hat. Dadurch, dass vietnamesische Freunde von mir, die nicht bei START sind, wissen, dass ich bei START bin, kann sich das einfach rumsprechen usw. usf. Ich glaube, so kann man leichter in diese Communities hineingeraten, vor allem, wenn man nicht Teil davon ist. Da muss man sich eben auch eingestehen: Ich als Mensch mit zwei vietnamesischen Elternteilen werde nicht so leicht in eine türkische oder kurdische Community reinsliden können, sondern ich muss einfach akzeptieren, dass ich nicht diesen Migrationshintergrund habe und andere Menschen da einfach besser aufgestellt sind. Wenn man sich das eingesteht, kann man vielleicht auch noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass man diese Menschen auch beteiligt, und über diese Menschen werden auch andere Menschen in dieser Community beteiligt werden, und hoffentlich wird das dann ein Katalysator. – Wie gesagt, ich kann jetzt nur als Person der jungen Generation sprechen. Bitte enttäuschen Sie uns nicht, was das angeht!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Herr Weickmann, bitte!

Tilmann Weickmann (Landesjugendring Berlin e. V.): Zur Frage des passiven Wahlalters kann ich vielleicht noch ergänzen, dass die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg für sich im Koalitionsvertrag festgehalten hat, dass sie das auf kommunaler Ebene prüfen will und tatsächlich auch dabei ist zu schauen, unter welchen Voraussetzungen das gegebenenfalls sogar möglich ist. Ich finde das spannend, ohne mich da jetzt schon positionieren zu können, ob ich glaube, dass das unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen funktioniert.

Ich glaube, man kann nicht sagen, Kinder- und Jugendparlamente, Schülerhaushalte oder Jugendforen sind an sich gute oder schlechte Partizipationsinstrumente, sondern es kommt im-

mer darauf an, wie sie ausgestattet sind, ob das Umfeld geklärt ist, ob klar ist, welche Aufgaben sie haben, welche Kompetenzen sie haben, auch wie offen sie sind. Gerade bei Parlamenten gibt es große Unterschiede in Deutschland, welche Jugendlichen da mitmachen, auch wie die sich zusammensetzen, wie Kinder und Jugendliche dazu kommen, in solch einem Parlament mitarbeiten zu können. Unsere Erfahrung ist, dass es wesentlich einfacher ist, mit solchen Formaten sozusagen dicht am Lebensraum der Jugendlichen zu arbeiten, und dass sie, je dichter sie am Alltag, an der Lebensrealität der Jugendlichen dran sind, desto leichter funktionieren.

Ich möchte aber den Fokus noch mal ein bisschen verschieben, weg von der Frage: Was sind gute Formate? – und hin zur Frage der Haltung. Ich glaube, es ist wesentlich wichtiger, dass Erwachsene, vielleicht gerade auch politische Verantwortungsträgerinnen oder auch Verantwortungsträger und -trägerinnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Jugendlichen hingehen, und es für Jugendliche deutlich wird, dass sie sich für sie interessieren. Ich habe das vorhin schon gesagt. Ich glaube, da ist der Schlüssel. Der Schlüssel ist nicht: Was ist die coolste Methode? Oder kriegen wir das irgendwie onlinebasiert hin, denn das ist irgendwie so jugendlich? –, sondern die Frage ist tatsächlich die der Ernsthaftigkeit. Ohne in Abrede stellen zu wollen, was Frau Stappenbeck deutlich gesagt hat, dass es Jugendliche gibt, die einfach negative Erfahrungen in unserer Gesellschaft gemacht haben und deshalb erst mal nicht Hurra schreien, wenn ihnen an irgendeiner Stelle gesagt wird: Hier dürftest du jetzt aber mal mitmachen –, so ist es trotzdem nicht richtig, dass diese jungen Menschen sich nicht beteiligten oder nicht partizipieren. Die sagen uns ständig, was sie nervt, was sie falsch finden und was sie sich wünschen, aber in einer Art und Weise, dass es im politischen Raum noch nicht konstruktiv verstanden und gewendet werden kann. Wenn junge Menschen irgendwie etwas kaputtmachen, ist das ein Ausdruck dessen, dass sie mit etwas unzufrieden sind, vielleicht nicht unbedingt mit dem, was sie gerade kaputtmachen, aber das ist ein Ausdruck ihrer Unzufriedenheit mit anderen Fragen. Ich glaube, wir müssen viel stärker gucken: Wie kommen wir da ran?

Ich glaube, man kann nicht sagen, es gibt junge Menschen, die sich nicht beteiligen. Das stimmt nicht. Sie beteiligen sich auf eine Art und Weise, die wir nicht verstehen und für die wir keine Instrumente haben, sie zu übersetzen, sodass sie dann in einen politischen Prozess einfließen können. Ich glaube, das ist viel mehr die Frage. Da stellt sich dann auf einmal sehr stark die Frage nach Strukturen, nach Fachkräften, nach Organisationen, nach Institutionen, die hier Übersetzungsleistungen bieten können, oder nach Strukturen, die Jugendliche erreichen, die nicht in ein Jugendforum kommen und sagen: Ja, ich will mich unbedingt mit der Abgeordneten XY unterhalten, da ich weiß, wenn ich mich mit der unterhalte, dann kann ich der was mitgeben, und die setzt sich dann dafür ein. – Es ist eher ein Plädoyer, beispielsweise Regelstrukturen in der Jugendarbeit zu stärken, denn das sind Orte, wo Jugendliche erreicht werden. Ich glaube, das ist im Zweifel die wichtigere Frage.

Ich will es an einem Beispiel darstellen: Ich habe Schülerhaushalte gesehen – im Rahmen des Jugend-Demokratiefonds wurde uns das mal vorgestellt –, aus dem Schülerinnen die Renovierung eines Raums finanziert haben, den sie als Schülerinnen dann selbst verwenden durften, einen selbstorganisierten Raum. Mein erster Impuls war: Es kann doch eigentlich nicht sein, dass das nicht aus dem Haushalt der Schule finanziert wird, sondern dass Schülerinnen das Instrument des Schülerhaushalts dafür verwenden müssen, um einen Raum, in dem die Schülerinnen- und Schülervvertretung zum Beispiel sich selbstorganisiert treffen kann, zu renovie-

ren. Das macht noch mal deutlich, dass solche Projekte immer auch im Verhältnis zu einem Regelangebot, zu einer Regelstruktur, zu einer gesellschaftlichen Struktur, die wir anbieten, gesehen werden müssen. Diesen Aspekt würde ich gern noch mal deutlich machen. Ich glaube, wenn wir eine jugendfreundliche Politik machen wollen und wissen wollen, was Jugendliche umtreibt und was sie von uns erwarten, dann müssen wir auf Jugendliche zugehen, und das gelingt nur, wenn wir Andockmöglichkeiten und Kommunikationsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen, und da sind Regelstrukturen wesentlich wichtiger als die Frage nach dem neuesten, originellsten Projekt.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Herr Weickmann! – Es liegen jetzt keine weiteren Fragen vor. Auch der Senat möchte keine weitere Stellungnahme abgeben. Ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen allen dreien dafür bedanken, dass Sie uns hier für die Anhörung zur Verfügung gestanden haben! Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt die Erstellung eines Wortprotokolls beschlossen, und das werden wir auswerten. Je nachdem, wie wir dazu kommen, werden wir das vor oder nach der Wiederholungswahl machen müssen, aber ich möchte Ihnen recht herzlich dafür danken, dass Sie uns Ihre Einblicke gegeben haben, weil, egal wie, die Arbeit an einer umfassenden Kinder- und Jugendstrategie ja weitergeht. Deshalb freuen wir uns, dass wir uns heute mit Ihnen hier austauschen durften. Vielen herzlichen Dank! – [Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Angebote der Erziehungs- und
Familienberatungsstellen sichern und
bedarfsgerecht ausbauen – Stand und
Handlungsbedarf unter besonderer
Berücksichtigung pandemiebedingter
Herausforderungen und Erfahrungen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0015](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 17.02.2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Jugendförderungsgesetz Berlin – wie ist der Stand der
Umsetzung?**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0097](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0024](#)
Verbeamtung von Lehrkräften – welchen Fahrplan hat Berlin?
(auf Antrag der Fraktion der CDU) BildJugFam
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0124](#)
Drucksache 19/0692 BildJugFam
Gesetz zur Sicherstellung der Haupt
Unterrichtsversorgung
(Unterrichtsversorgungsgesetz – UntVersG)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 24.11.2022

- c) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis [0127](#)
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke BildJugFam
Drucksache 19/0717 Haupt
Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher
Regelungen für Lehrkräfte
(Nachteilsausgleichsgesetz)
- Vorabüberweisung –
- d) Antrag der Fraktion der CDU [0134](#)
Drucksache 19/0742 BildJugFam
Ein fairer Nachteilsausgleich für angestellte
Lehrkräfte – Anhebung der Zuschüsse für Schulen
in freier Trägerschaft
Gesetz zur Änderung des Berliner Schulgesetzes
- Vorabüberweisung –
- e) Antrag der Fraktion der CDU [0135](#)
Drucksache 19/0743 BildJugFam
Ein Nachteilsausgleich, der fair und gerecht für alle
Berliner Lehrkräfte ist
- Vorabüberweisung –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.